

Bürgerentscheid zur Stadthalle 2010

SCHRIFTEN zur Stadtentwicklung

Ergebnisse und Kurzanalyse des
Bürgerentscheides zur Stadthallen-
erweiterung am 25. Juli 2010
in Heidelberg



Herausgeber

Der Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg
Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Heidelberg, Oktober 2010

Das Ergebnis im Überblick.....	1
1. Einleitung.....	2
2. Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in Baden-Württemberg.....	2
3. Bürgerentscheide in Heidelberg.....	3
3.1 Vorgeschichte.....	4
3.2 Bürgerbegehren.....	4
3.3 Bürgerentscheid.....	5
4. Rechtsgrundlagen.....	5
4.1 Wahlgesetze.....	5
4.2 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in Baden-Württemberg.....	5
4.3 Wahlberechtigung.....	6
4.4 Formale Voraussetzung und Ausübung des Wahlrechts.....	6
4.5 Gestaltung des Stimmzettels.....	6
4.6 Wahlkreiseinteilung.....	8
5. Beteiligung.....	8
5.1 Beteiligung nach Stadtteilen.....	8
5.2 Beteiligung nach Wahlbezirken.....	11
6. Ergebnis.....	13
6.1 Gültige und ungültige Stimmen.....	13
6.2 Stimmenanteile nach Stadtteilen.....	13
6.3 Stimmenanteile nach Wahlbezirken.....	13
6.4 25-Prozent-Quorum.....	16
7. Zusammenfassende Bewertung.....	17

Anhang: Ergebnisse in den einzelnen Wahlbezirken

Abbildungs- und Kartenverzeichnis

Seite

Abbildung 1: Ergebnis des Bürgerentscheids für die Erweiterung der Stadthalle 2010.....	1
Abbildung 2: Verkleinertes Faksimile des amtlichen Stimmzettels	7
Abbildung 3: Wahlbeteiligung beim Bürgerentscheid Stadthalle 2010, Kommunalwahl 2009 und Bürgerentscheid Emmertsgrund 2008.....	9
Abbildung 4: Wahlbeteiligung beim Bürgerentscheid Stadthalle 2010, Kommunalwahl 2009 und Bürgerentscheid Emmertsgrund 2008 nach Stadtteilen und Gesamt	10
Abbildung 5: Differenz der höchsten und geringsten Wahlbeteiligung der Wahlbezirke nach Stadtteilen (Unterschiede in Prozentpunkten)	12
Abbildung 6: Anteil der Stimmen, die eine Erweiterung der Stadthalle ablehnen, nach Stadtteilen (Angaben in Prozent)	14
Abbildung 7: Differenz der Anteile der Nein-Stimmen der Wahlbezirke nach Stadtteilen (Unterschiede in Prozentpunkten).....	16
Abbildung 8: Anteil der „Nein“-Stimmen an den Wahlberechtigten nach Stadtteilen (Angaben in Prozent)	17
Karte 1: Wahlbezirkseinteilung beim Bürgerentscheid Stadthalle 2010.....	
Karte 2: Wahlbeteiligung beim Bürgerentscheid Stadthalle 2010 nach Wahlbezirken (ohne Briefwahl).....	
Karte 3: Anteile der "Nein"-Stimmen beim Bürgerentscheid nach nach Wahlbezirken (ohne Briefwahl).....	15
Karte 4: Anteile der "Ja"-Stimmen beim Bürgerentscheid nach nach Wahlbezirken (ohne Briefwahl).....	15

Das Ergebnis im Überblick

Am 25. Juli 2010 waren die Heidelberger Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, sich beim Bürgerentscheid zur Erweiterung der Stadthalle zu beteiligen. Die konkrete Frage lautete:

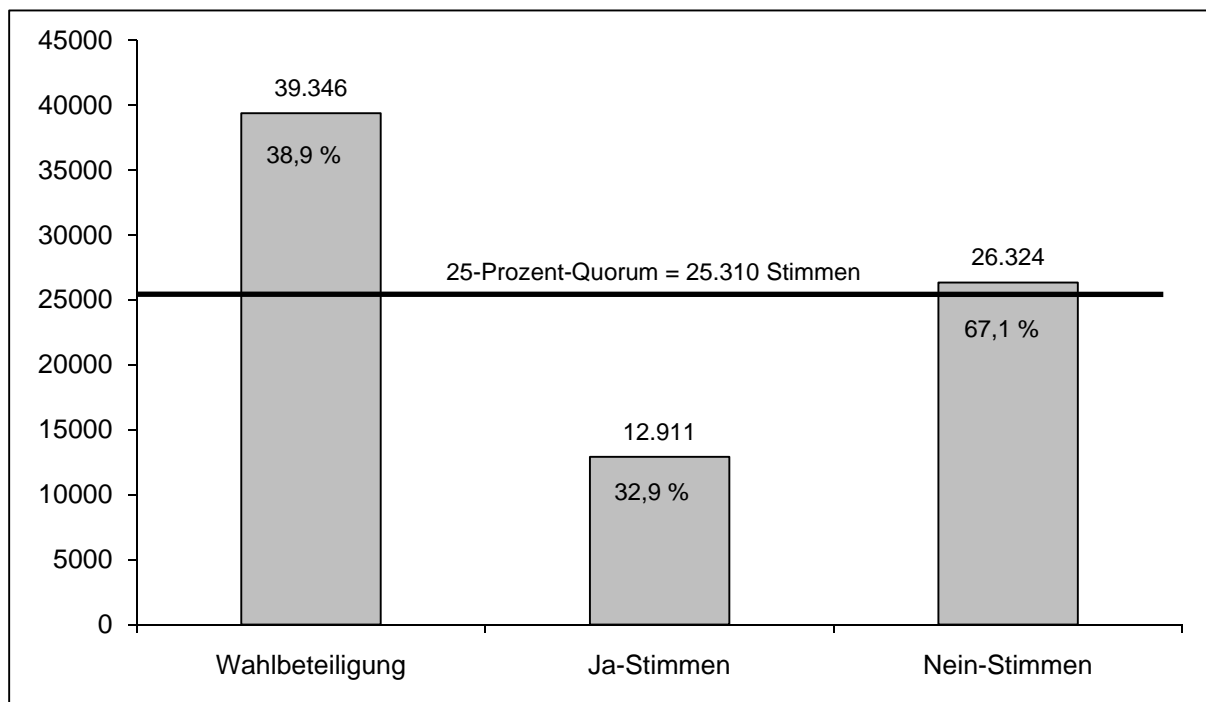
Soll die Stadt Heidelberg einen Anbau oder Neubau für ein erweitertes Kongresszentrum an der Stadthalle errichten?

Bei dem Bürgerentscheid waren insgesamt 101.237 Personen stimmberechtigt. Von diesen gaben 39.346 Bürgerinnen und Bürger ihre Stimme ab. Dies entspricht einer Beteiligung von 38,9 Prozent. 111 Stimmen waren ungültig (0,3 Prozent), 39.235 gültig (99,7 Prozent). 12.911 Personen (32,9 Prozent) votierten für einen Anbau oder Neubau an der Stadthalle, 26.324 Wahlberechtigte (67,1 Prozent) lehnten dies ab. Damit sprach sich eine eindeutige Mehrheit der Stimmberechtigten gegen einen Anbau oder Neubau für ein erweitertes Kongresszentrum an der Stadthalle aus.

Nach § 21 der Gemeindeordnung für das Land Baden-Württemberg muss die Abstimmungsmehrheit mindestens 25 Prozent aller Stimmberechtigten betragen. Die Mindeststimmenzahl betrug 25.310 Stimmen. Dieses Quorum wurde beim Bürgerentscheid am 25. Juli 2010 um über 1.000 Stimmen übertroffen. Damit hat der Bürgerentscheid die Wirkung eines endgültigen Beschlusses des Gemeinderats. Er kann innerhalb von drei Jahren nur durch einen neuen Bürgerentscheid abgeändert werden.

Eine Übersicht zum Abstimmungsergebnis des Bürgerentscheids zum Anbau oder Neubau für ein erweitertes Kongresszentrum an der Stadthalle bietet Abbildung 1.

Abbildung 1: Ergebnis des Bürgerentscheids für die Erweiterung der Stadthalle 2010



1. Einleitung

Der vorliegende Berichtsband beschreibt und analysiert das Abstimmungsergebnis des Bürgerentscheids zur Erweiterung der Stadthalle zu einem modernen Kongresszentrum. In einem durch Karten, Tabellen und Abbildungen illustrierten Textteil werden das Gesamtergebnis sowie die Ergebnisse in den Stadtteilen dargestellt und kommentiert. Detaillierte Ergebnisse auf Wahlbezirksebene sind dem Tabellenanhang zu entnehmen.¹

2. Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in Baden-Württemberg

Entsprechend der Verfassungsordnung und ausgeübter Praxis dominiert in der Bundesrepublik Deutschland die politische Organisation der repräsentativen Demokratie.

Seit der Gründung 1952 verfügt das Bundesland Baden-Württemberg aber über direktdemokratische Elemente in der Landesverfassung, vor allem aber in der Gemeindeordnung.² In einem bundesweiten Vergleich wird Baden-Württemberg deshalb häufig als „Mutterland direkter Demokratie“ bezeichnet.³

Die direktdemokratischen Möglichkeiten in Baden-Württemberg sind allerdings allein auf kommunaler Ebene von fakti-

scher Bedeutung. Nur auf Gemeindeebene haben die Bürger bislang von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, in den politischen Entscheidungsprozess einzugreifen.

In der Gemeindeordnung Baden-Württemberg (§ 21) lassen sich zwei Möglichkeiten unterscheiden, einen Bürgerentscheid zu initiieren.

Der Gemeinderat kann einen Bürgerentscheid in die Wege leiten, wenn er mit zwei Drittel seiner Mitglieder beschließt, den Bürgern eine Angelegenheit zur Entscheidung vorzulegen.

Die Bürger können mittels eines Bürgerbegehrens eine solche Delegation der Entscheidungsbefugnis aber auch erzwingen. Dafür müssen mindestens zehn Prozent der Abstimmungsberechtigten das Bürgerbegehren unterstützen, wobei für einzelne Gemeindegrößenklassen bestimmte Höchstgrenzen festgelegt sind. In Heidelberg, rund 145.000 Einwohner, müssen nach der Gemeindeordnung Baden-Württemberg 10.000 Bürger das Bürgerbegehren unterschreiben.

Ferner muss ein Bürgerbegehren schriftlich eingereicht werden; richtet es sich gegen einen Beschluss des Gemeinderats, muss es innerhalb von sechs Wochen nach der Bekanntgabe des Beschlusses eingereicht sein. Das Bürgerbegehren muss die zur Entscheidung zu bringende Frage, eine Begründung und einen nach den gesetzlichen Bestimmungen durchführbaren Vorschlag für die Deckung der Kosten der verlangten Maßnahme enthalten. Über die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens entscheidet der Gemeinderat.

Die Forschungsstelle Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie am Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg hat für den Zeitraum 1956 bis

¹ Bei einem Bürgerentscheid handelt es sich rechtlich gesehen nicht um eine Wahl, sondern um eine Abstimmung. Zum besseren Verständnis werden der vertraute Begriff „Wahl“ und die davon abgeleiteten Begriffe synonym zum Begriff „Abstimmung“ verwendet.

² Vgl. Hans-Georg Wehling, Direkte Demokratie in Baden-Württemberg, in: Andreas Kost (Hrsg.), Direkte Demokratie in den deutschen Ländern, Wiesbaden 2005, S. 14-28.

³ Vgl. Andreas Kost, Direkte Demokratie, Wiesbaden 2008, S. 41.

Juli 2010 insgesamt 678 Bürgerbegehren in Baden-Württemberg erfasst.⁴ Davon wurden über 530 Bürgerbegehren in Gemeinden bis 50.000 Einwohner eingeleitet.

Liegt zu einer Angelegenheit des Wirkungskreises der Gemeinde, für die der Gemeinderat zuständig ist, ein zulässiges Bürgerbegehren vor, dann hat der Gemeinderat die Zulässigkeit eines Bürgerentscheides zu einer politischen Sachfrage festzustellen. Allerdings ist ein Bürgerentscheid nicht zu allen politischen Fragen möglich. Nach § 21 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg ist ein Bürgerentscheid über Weisungsaufgaben und Angelegenheiten, die kraft Gesetzes dem (Ober-)Bürgermeister obliegen, Fragen der inneren Organisation der Gemeindeverwaltung, die Rechtsverhältnisse der Gemeinderäte, des Bürgermeisters und der Gemeindebediensteten, die Haushaltssatzung einschließlich der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe sowie die Kommunalabgaben, Tarife und Entgelte, die Feststellung des Jahresabschlusses und des Gesamtabschlusses der Gemeinde und der Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe, Bauleitpläne und örtliche Bauvorschriften sowie über Entscheidungen in Rechtsmittelverfahren nicht zulässig.

Ferner darf ein Bürgerbegehren nur Angelegenheiten zum Gegenstand haben, über die innerhalb der letzten drei Jahre nicht bereits ein Bürgerentscheid auf Grund eines Bürgerbegehrens durchgeführt worden ist.

Beim Bürgerentscheid wird über die zur Abstimmung gestellte Frage mit „Ja“ oder „Nein“ entschieden. Die gestellte Frage ist dabei in dem Sinne entschieden, in dem sie von der Mehrheit der gültigen

Stimmen beantwortet wurde, sofern diese Mehrheit mindestens 25 Prozent der Stimmberechtigten beträgt. Bei Stimmengleichheit gilt die Frage als mit „Nein“ beantwortet. Wird das 25-Prozent-Quorum nicht erreicht, hat der Gemeinderat über die Frage zu entscheiden. Ein erfolgreicher Bürgerentscheid hat die Wirkung eines endgültigen Beschlusses des Gemeinderats. Er kann innerhalb von drei Jahren nur durch einen neuen Bürgerentscheid abgeändert werden.

Die Erfolgsbedingungen für einen Bürgerentscheid fasst Hans-Georg Wehling zusammen. Demnach setzt ein erfolgreicher Bürgerentscheid einen erfolgreichen Kommunikations- und Organisationsprozess voraus. Die Erfolgschancen steigen, wenn sich eine „mächtige“ Gruppe – eine Partei oder Interessengruppe – die Sache zu Eigen macht. Aus denselben Gründen – Kommunikation und Organisation – folgt, dass mit sinkender Gemeindegröße die Erfolgschancen steigen. Wenn ein Bürgerentscheid in einer Großstadt erfolgreich zustande kommen soll, muss die Frage, über die abgestimmt wird, für alle Bürger sichtbar und abschätzbar sein.

3. Bürgerentscheide in Heidelberg

Die Abstimmung über die Erweiterung der Stadthalle am 25. Juli 2010 war der zweite Bürgerentscheid in der Geschichte der Stadt Heidelberg.

Zwei Jahre zuvor, am 13. Juli 2008, waren die Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, über den Erhalt der 610 sozialgebundenen Wohnungen in der Emmertsgrundpassage abzustimmen. Damals haben sich 22,4 Prozent der Wahlberechtigten an der Abstimmung beteiligt. Davon stimmten 82,3 Prozent

⁴ Siehe Internetseite www.forschungsstelle-direkte-demokratie.de (Stand: 8. August 2010).

für den Erhalt der Wohnungen, 17,7 Prozent votierten für den Verkauf. Da allerdings das erforderliche 25-Prozent-Quorum von 25.169 Stimmen nicht erreicht wurde, kam dem Bürgerentscheid keine bindende Kraft zu, so dass die Entscheidung letztlich wieder dem Gemeinderat übergeben wurde. Dieser entschied am 23. Juli 2008, dass die 610 Wohnungen nicht verkauft werden.⁵

Im Folgenden werden die Stationen des Bürgerentscheids zur Erweiterung der Stadthalle knapp zusammengefasst.

3.1 Vorgeschichte

Ein Gutachten der Kultur-Congressbau-Consult wies bereits 1989 auf „Defizite im Bereich der Tagungsorganisation“ und „räumliche Probleme bei Veranstaltungen und Kongressen“ der Heidelberger Stadthalle hin. Seitdem wurde nach Lösungen für ein Kongresszentrum gesucht, das insbesondere hinsichtlich des Raumkonzepts den heutigen Anforderungen entspricht. Mehrere Ausschreibungen verliefen allerdings ohne den gewünschten Erfolg.

Im April 2008 entscheidet der Gemeinderat, ein Konferenzzentrum am Standort Stadthalle zu verwirklichen. Diese soll umfassend saniert und durch einen Erweiterungsbau ergänzt werden. Der Frankfurter Architekt Prof. Christoph Mäckler kommt in einer Machbarkeitsstudie zu dem Ergebnis, dass eine Erweiterung der Stadthalle auf der Ostseite machbar ist und sich die bestehenden logistischen Probleme lösen lassen.

⁵ Ausführliche Informationen bietet die Veröffentlichung „Ergebnisse und Kurzanalyse des Bürgerentscheids Emmertsgrund am 13. Juli 2008 in Heidelberg“ des Amts für Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Heidelberg.

Im Dezember 2008 gibt der Gemeinderat grünes Licht für den Architektenwettbewerb der Stadthalle. Das Preisgericht des Realisierungswettbewerbs „Erweiterung Stadthalle“ unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Dr. Werner Durth spricht am 12. November 2009 den mit 27.000 Euro dotierten ersten Preis dem Entwurf des Münchner Architekturbüros Karl & Probst zu. „Die Stärke dieser Arbeit liegt in ihrer Klarheit und Verständlichkeit“, schreibt die international besetzte Jury in ihrer Würdigung des Entwurfs. Die Erweiterung der Stadthalle soll mit einem langgestreckten und schlanken Baukörper auf der Ostseite erfolgen. Im März 2010 bestätigt der Gemeinderat mit 27 zu 14 Stimmen die Entscheidung des Preisgerichts und beschließt, die Pläne des Münchner Architekturbüros weiterzuführen.

3.2 Bürgerbegehren

Gegen die geplante Erweiterung der Stadthalle bilden sich mehrere Bürgerinitiativen, die bekannteste: die Bürgerinitiative „Erweiterungsbau Stopp“ (Biest). Mehr als 18.000 Bürger unterzeichneten in einem Bürgerbegehren die Forderung, über die Erweiterung der Stadthalle im Rahmen eines Bürgerentscheids abstimmen zu lassen.

Ein Rechtsgutachten der Stuttgarter Anwaltskanzlei Quaas & Partner äußert allerdings Zweifel an der Zulässigkeit des Bürgerbegehrens, da verschiedene Aussagen der Bürgerinitiative nicht zutreffend seien. Trotz dieser rechtlichen Bedenken spricht sich Oberbürgermeister Dr. Eckart Würzner in der Stadtblatt-Ausgabe vom 19. Mai 2010 für einen Bürgerentscheid aus: „Wenn 18.000 Heidelberginnen und Heidelberger einen Bürgerentscheid in Sachen Stadthallen-

Erweiterung wünschen, kann es für mich als von diesen Bürgerinnen und Bürgern gewähltes Stadtoberhaupt nur eine Antwort geben: Die Bürgerschaft soll die Möglichkeit zur direkten demokratischen Mitbestimmung bekommen.“

3.3 Bürgerentscheid

Am 20. Mai 2010 erklärt der Gemeinderat das eingereichte Bürgerbegehren gegen die geplante Stadthallen-Erweiterung mehrheitlich für zulässig. Als Abstimmungstermin für den Bürgerentscheid wird der 25. Juli 2010 festgelegt. Die wahlberechtigten Bürger sind aufgefordert, die folgende Frage mit Ja oder Nein zu beantworten: „Soll die Stadt Heidelberg einen Anbau oder Neubau für ein erweitertes Kongresszentrum an der Stadthalle errichten?“

Neben der städtischen Homepage informiert das Stadtblatt – Amtsanzeiger der Stadt Heidelberg – in zwei Sonderbeilagen über Ablauf und Hintergründe des Bürgerentscheids sowie die unterschiedlichen Positionen zum Erweiterungsbau. Darüber hinaus finden zahlreiche Informationsveranstaltungen statt und die lokale und überregionale Presse berichtet über den Bürgerentscheid.

4. Rechtsgrundlagen

Dieser Abschnitt benennt und erläutert die wesentlichen Rechtsgrundlagen für einen Bürgerentscheid.

4.1 Wahlgesetze

Für die Vorbereitung und Durchführung des Bürgerentscheids am 25. Juli 2010 waren im Wesentlichen folgende

Rechtsgrundlagen maßgebend:

- Gemeindeordnung (GemO) in der Fassung vom 24. Juli 2000 (GBL S. 582, ber. S. 698), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. Mai 2009 (GBL S. 185).
- Kommunalwahlgesetz (KomWG) in der Fassung vom 1. September 1983 (GBL S. 429), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. November 2008 (GBL S. 385).
- Kommunalwahlordnung (KomWO) in der Fassung vom 2. September 1983 (GBL S. 459), zuletzt geändert durch Verordnung vom 25. November 2008 (GBL S. 417).

4.2 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in Baden-Württemberg

§ 21 der Gemeindeordnung in Baden-Württemberg legt das Verfahren bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden fest. Nach Absatz 1 kann der Gemeinderat mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen aller Mitglieder beschließen, dass eine Angelegenheit des Wirkungskreises der Gemeinde, für die der Gemeinderat zuständig ist, der Entscheidung der Bürger unterstellt wird (Bürgerentscheid).

Nach Absatz 3 können auch die Bürger einen Bürgerentscheid beantragen (Bürgerbegehren). Richtet sich das Bürgerbegehren gegen einen Beschluss des Gemeinderats, muss es innerhalb von sechs Wochen nach der Bekanntgabe des Beschlusses eingereicht werden. Das Bürgerbegehren muss die zur Entscheidung zu bringende Frage, eine Begründung und einen nach den gesetzlichen Bestimmungen durchführbaren Vorschlag für die Deckung der Kosten der verlangten Maßnahme enthalten. Bei Gemeinden mit

mehr als 100.000 Einwohnern, aber nicht mehr als 200.000 Einwohnern, muss das Bürgerbegehren mindestens von 10.000 Bürgern unterzeichnet sein. Nach § 21 der GemO, Absatz 4, entscheidet der Gemeinderat über die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens. Nach § 21 der GemO, Absatz 6, ist bei einem Bürgerentscheid die gestellte Frage in dem Sinne entschieden, in dem sie von der Mehrheit der gültigen Stimmen beantwortet wurde, sofern diese Mehrheit mindestens 25 Prozent der Stimmberechtigten beträgt. Bei Stimmgleichheit gilt die Frage als mit Nein beantwortet. Wird die erforderliche Mehrheit nicht erreicht, hat der Gemeinderat die Angelegenheit zu entscheiden.

Beim Bürgerentscheid am 25. Juli 2010 in Heidelberg betrug das notwendige Quorum 25.310 Stimmen.

4.3 Wahlberechtigung

Nach § 14 der Gemeindeordnung für das Land Baden-Württemberg sind die Bürger der Gemeinde im Rahmen der Gesetze zu den Gemeindewahlen wahlberechtigt und haben das Stimmrecht in sonstigen Gemeindeangelegenheiten. Ausgeschlossen vom Wahlrecht und vom Stimmrecht sind Bürger, die infolge Richterspruchs in der Bundesrepublik Deutschland das Wahlrecht oder Stimmrecht nicht besitzen, und/oder für die zur Besorgung aller ihrer Angelegenheiten ein Betreuer nicht nur durch einstweilige Anordnung bestellt ist.

Bürger der Gemeinde ist, wer Deutscher im Sinne von Artikel 116 des Grundgesetzes ist oder die Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union besitzt (Unionsbürger), das 18. Lebensjahr vollendet und seit mindestens drei Monaten in der Ge-

meinde seine Hauptwohnung hat (§ 12 der GemO). Für den Bürgerentscheid am 25. Juli 2010 war der Stichtag für die Dreimonatsfrist der 25. April 2010.

4.4 Formale Voraussetzung und Ausübung des Wahlrechts

Nach § 5 des KomWG kann nur der Wahlberechtigte wählen, der in ein Wählerverzeichnis eingetragen ist oder einen Wahlschein hat. Dazu wurden die Wahlberechtigten gemäß § 3 Absatz 1 der Kommunalwahlordnung in nach Wahlbezirken getrennte Wählerverzeichnisse aufgenommen. Das Wählerverzeichnis für den Bürgerentscheid am 25. Juli 2010 wies 101.237 Bürger als stimmberechtigt aus.

4.5 Gestaltung des Stimmzettels

Für die Gestaltung des Stimmzettels gilt § 52, Absatz 2, Sätze 1 und 2 der KomWO. Danach muss der Stimmzettel die Frage, zu der die Bürger gehört werden, enthalten. Sie muss so gefasst sein, dass sie mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden kann und den Willen des Abstimmenden klar zum Ausdruck bringt. Beim Bürgerentscheid am 25. Juli 2010 in Heidelberg lautete die Frage: „Soll die Stadt Heidelberg einen Anbau oder Neubau für ein erweitertes Kongresszentrum an der Stadthalle errichten?“

Abbildung 2 zeigt ein verkleinertes Faksimile des amtlichen Stimmzettels.

Abbildung 2: Verkleinertes Faksimile des amtlichen Stimmzettels

Amtlicher Stimmzettel

für den Bürgerentscheid der
Stadt Heidelberg

am 25. Juli 2010.

Bitte antworten Sie im unteren Teil des Stimmzettels auf folgende Frage:

**"Soll die Stadt Heidelberg einen Anbau oder
Neubau für ein erweitertes Kongresszentrum an
der Stadthalle errichten?"**

JA	<input type="radio"/>	NEIN	<input type="radio"/>
-----------	-----------------------	-------------	-----------------------

Sie haben eine Stimme.
Nur JA oder NEIN ankreuzen, sonst ist der Stimmzettel ungültig!

4.6 Wahlkreiseinteilung

Für den Bürgerentscheid am 25. Juli 2010 wurde das Stadtgebiet Heidelberg in 73 Wahlbezirke eingeteilt. Es gab 59 Urnenwahlbezirke und 14 Briefwahlbezirke. Eine Übersicht zur Wahlkreiseinteilung der Stadt Heidelberg gibt Karte 1.

5. Beteiligung

Beim Bürgerentscheid am 25. Juli 2010 waren insgesamt 101.237 Personen stimmberechtigt. 39.346 Bürger haben an der Abstimmung teilgenommen; dies entspricht einer Beteiligung von 38,9 Prozent. Hiervon machten 8.553 (21,7 %) durch Briefwahl von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Die Wahlbeteiligung lag deutlich über dem erforderlichen Mindestquorum von 25 Prozent.

Damit haben sich beim Bürgerentscheid Stadthalle deutlich mehr Bürger beteiligt als bei der Abstimmung zum Verkauf der 610 sozialgebundenen Wohnungen in der Emmertsgrundpassage. Beim Bürgerentscheid Emmertsgrund 2008 hatten insgesamt 22.524 von 100.675 Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben. Die Beteiligung lag bei 22,4 Prozent. Damals wurde das erforderliche 25-Prozent-Quorum schon bei der Wahlbeteiligung nicht erreicht.

Eine höhere Wahlbeteiligung ist bei der Kommunalwahl 2009 zu verzeichnen. Von 100.554 Wahlberechtigten machten 49.023 von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Die Wahlbeteiligung lag bei 48,8 Prozent.

Abbildung 3 informiert über die Wahlbeteiligung beim Bürgerentscheid Stadthalle 2010, der Kommunalwahl 2009 und dem Bürgerentscheid Emmertsgrund 2008.

5.1 Beteiligung nach Stadtteilen

Wie Abbildung 4 zeigt, variiert die Beteiligung am Bürgerentscheid Stadthalle 2010 erheblich zwischen den einzelnen Stadtteilen. Die höchste Beteiligung ist im Stadtteil Schlierbach zu verzeichnen (47,3 Prozent), die geringste Beteiligung im Stadtteil Emmertsgrund (19,7). Dies entspricht einer Differenz von 27,6 Punkten.

In sieben der 14 Stadtteile lag die Beteiligung über 40 Prozent. Dies waren Schlierbach (47,3 Prozent), Altstadt (46,2 Prozent), Weststadt (44,4 Prozent), Südstadt (43,4 Prozent), Handschuhsheim (43,5 Prozent), Neuenheim (47,0 Prozent) und Ziegelhausen (45,6 Prozent). Zwischen 30 und 40 Prozent lag die Beteiligung in Bergheim (32,9 Prozent), Rohrbach (34,6 Prozent), Kirchheim (30,9 Prozent), Pfaffengrund (33,8 Prozent) und Wieblingen (37,8 Prozent). In Boxberg beteiligten sich 25,4 Prozent der Abstimmungsberechtigten. Der Anteil der Briefwähler schwankt zwischen 17,1 Prozent im Pfaffengrund und 28,9 Prozent in der Altstadt.

Vergleicht man die Beteiligung beim Bürgerentscheid Stadthalle 2010 mit der Beteiligung bei den Kommunalwahlen 2009, dann war die Beteiligung bei den Kommunalwahlen in allen Stadtteilen höher. Die größte Differenz zeigt sich im Stadtteil Kirchheim (12,2 Prozent). In fünf der 14 Stadtteile lag die Differenz bei weniger als zehn Prozentpunkten: Altstadt (3,1 Punkte), Schlierbach (5,4 Punkte), Boxberg (6,5 Punkte), Wieblingen (9,0 Punkte) und Pfaffengrund (9,4 Punkte).

Die Unterschiede zwischen den Stadtteilen sind allerdings bei einem Vergleich der Bürgerentscheide Stadthalle 2010 und Emmertsgrund 2008 noch größer.

Karte 1: Wahlbezirkseinteilung beim Bürgerentscheid Stadthalle 2010

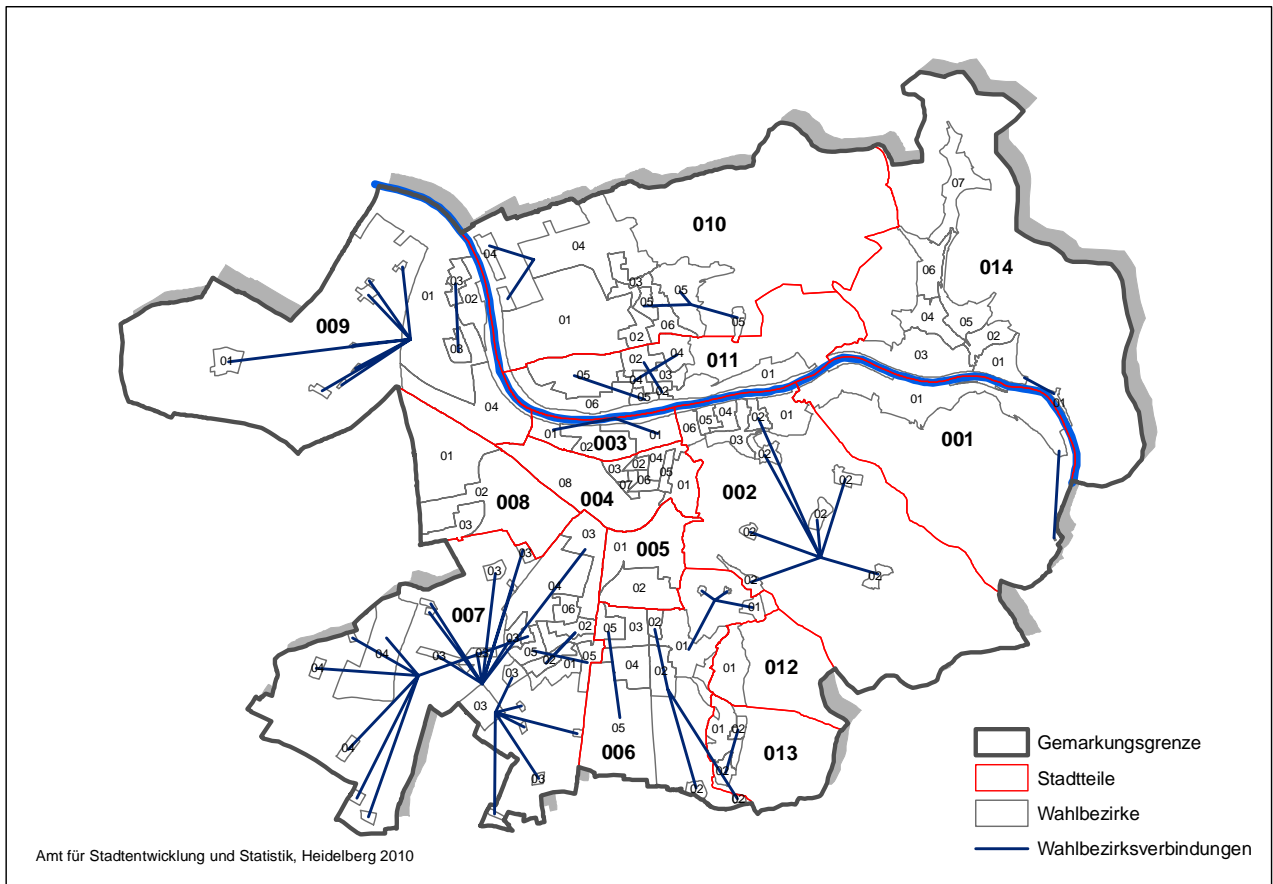


Abbildung 3: Wahlbeteiligung beim Bürgerentscheid Stadthalle 2010, Kommunalwahl 2009 und Bürgerentscheid Emmertsgrund 2008

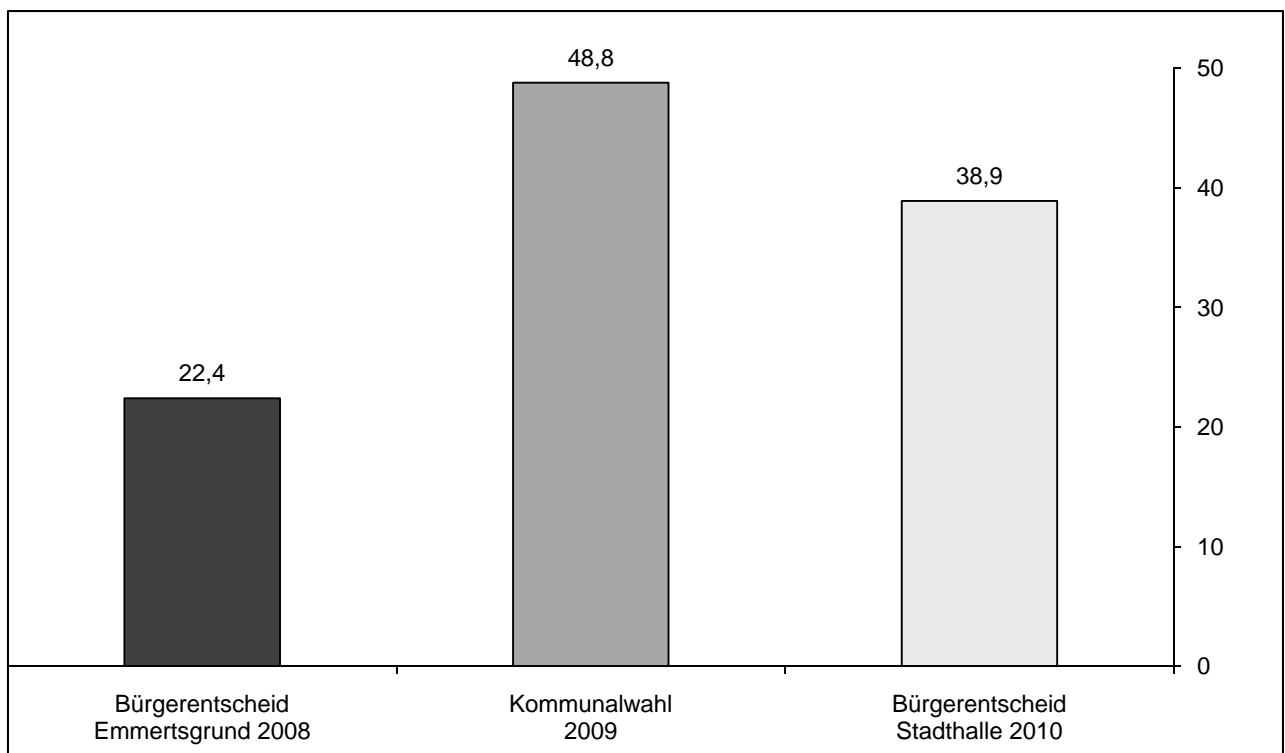
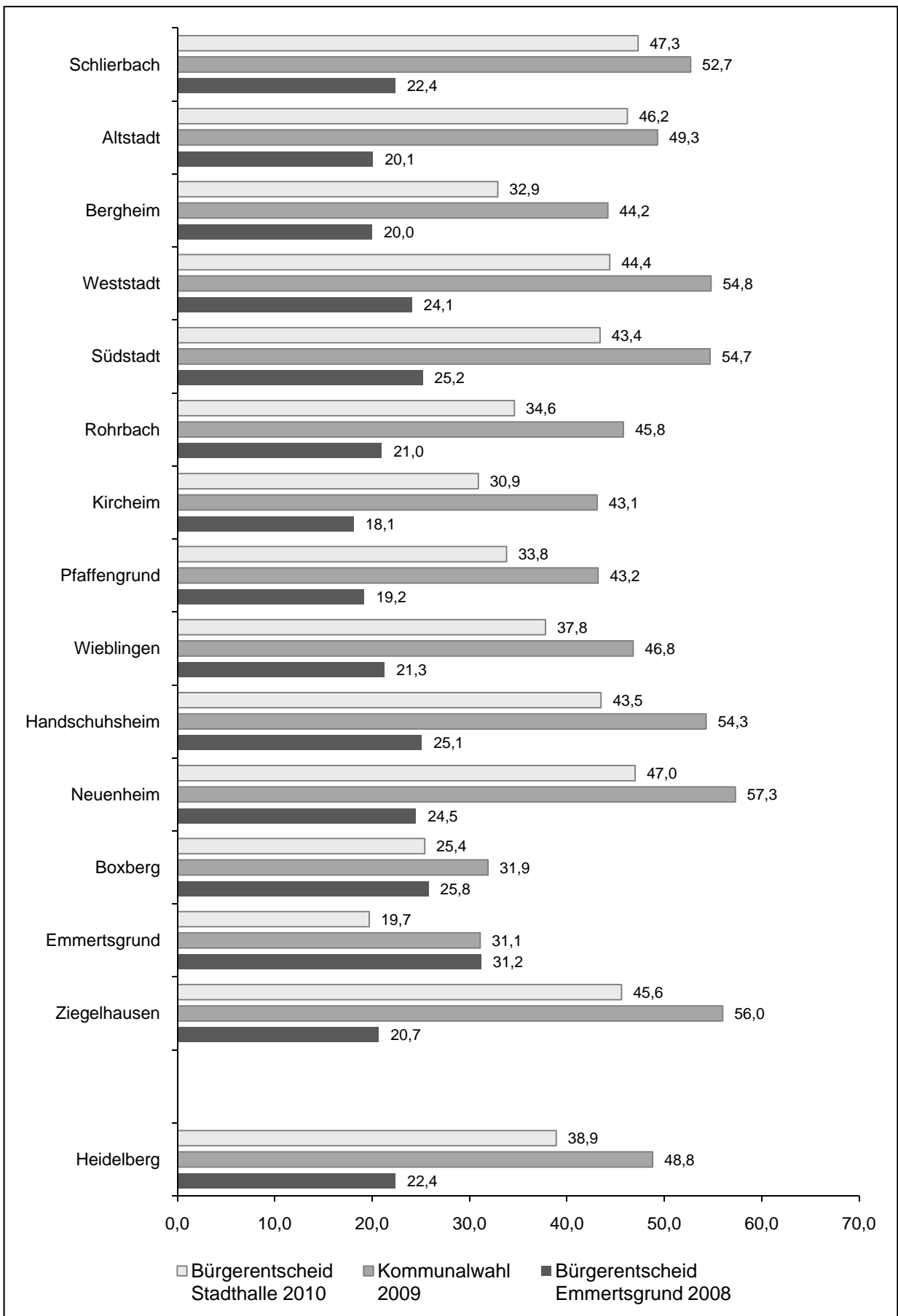


Abbildung : Wahlbeteiligung beim Bürgerentscheid Stadthalle 2010, Kommunalwahl 2009 und Bürgerentscheid Emmertsgrund 2008 nach Stadtteilen und Gesamt



Im Stadtteil Emmertsgrund lag die Beteiligung beim Bürgerentscheid 2008 um 11,5 Punkte höher als bei der Abstimmung um die Erweiterung der Stadthalle, im Stadtteil Boxberg um 0,4 Punkte. Dagegen lag in allen anderen Stadtteilen die Beteiligung beim Bürgerentscheid 2010 deutlich höher als bei der Abstimmung 2008. In fünf Stadtteilen (Ziegelhausen, Neuenheim, Weststadt, Altstadt und Schlierbach) beträgt der Unterschied über 20 Prozentpunkte, in sieben Stadtteilen zwischen zehn und 20 Punkte.

Die Diskussion um die Erweiterung der Stadthalle hatte eine deutliche größere Mobilisierung zur Folge als die Abstimmung über den Verkauf der 610 sozialgebundenen Wohnungen in der Emmertsgrundpassage.

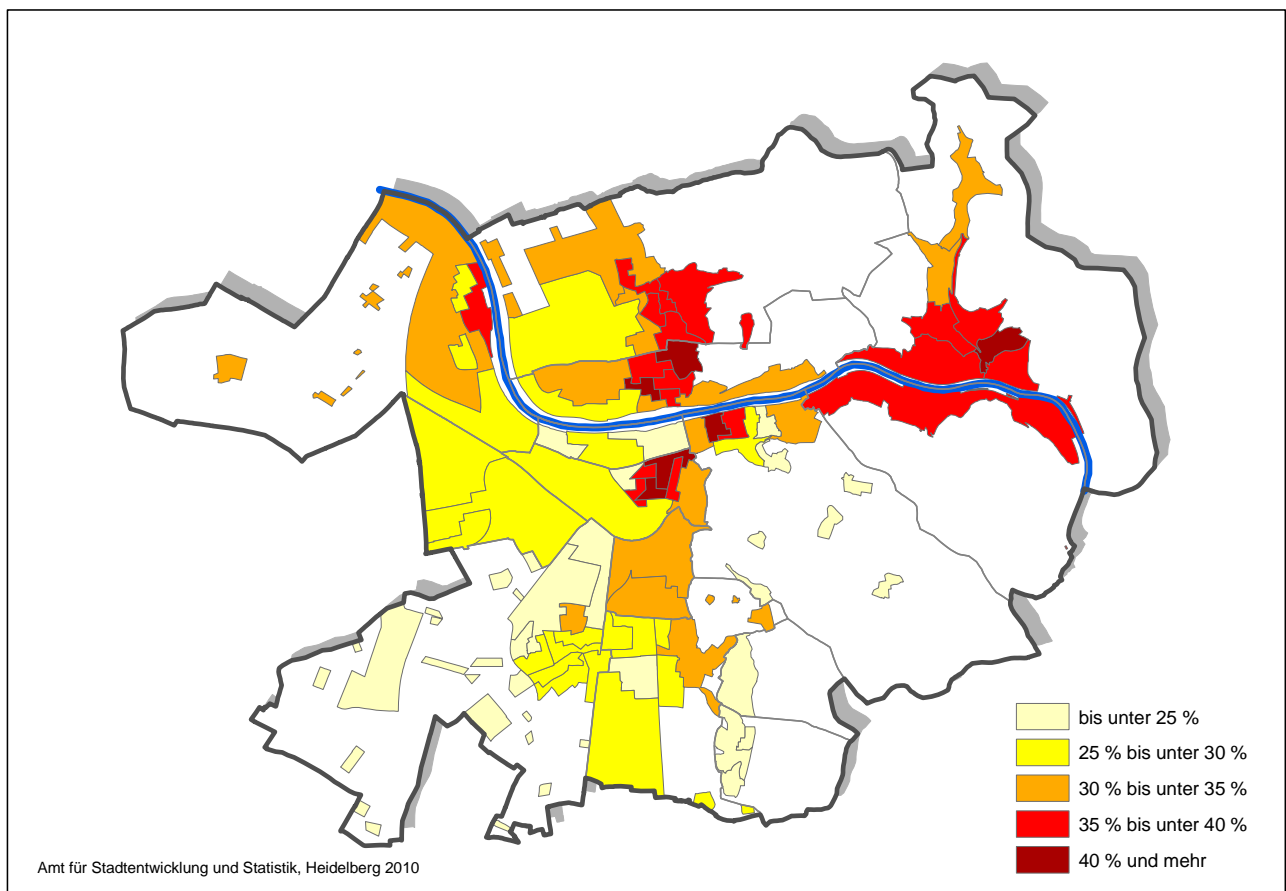
5.2 Beteiligung nach Wahlbezirken

Karte 2 informiert über die Beteiligung beim Bürgerentscheid 2010 nach Wahlbezirken (ohne Briefwahl). Die geringste Beteiligung lässt sich mit 13,8 Prozent im Bezirk 013-02 (Emmertsgrund) nachweisen, die höchste mit 45,4 Prozent im Bezirk 004-04 (Weststadt).

In neun der 59 Urnenwahlbezirke liegt die Beteiligung unter 25 Prozent: 013-02 (13,8 Prozent), 013-01 (15,9 Prozent), 012-01 (21,0 Prozent), 006-04 (21,8 Prozent), 007-03 (22,5 Prozent) 007-04 (22,8 Prozent), 004-03 (22,9 Prozent), 002-02 (24,6 Prozent) und 003-01 (24,8 Prozent).

In den Bezirken 014-02 (41,0 Prozent), 011-04 (41,8 Prozent), 002-05 (43,2 Pro-

Karte 2: Wahlbeteiligung beim Bürgerentscheid Stadthalle 2010 nach Wahlbezirken (ohne Briefwahl)



zent), 004-06 (44,5 Prozent) und 004-04 (45,4 Prozent) über der 40-Prozent-Marke.

Nicht nur zwischen den Stadtteilen, sondern auch zwischen den Urnenwahlbezirken innerhalb eines Stadtteils finden sich erhebliche Unterschiede in der Beteiligung beim Bürgerentscheid 2010 Stadthalle.

Die stärkste Variation findet sich in der Weststadt. Im Bezirk 004-04 lag die Beteiligung bei 45,4 Prozent, in Bezirk 004-03 lediglich bei 22,9 Prozent. Dies entspricht einer Differenz von 22,5 Punkten. 18,6 Punkte beträgt die Differenz zwischen den Urnenwahlbezirken 002-05 (43,2 Prozent) und 002-02 (24,6 Prozent) in der Altstadt. Zweistellige Unterschiede zwischen den Wahlbezirken lassen sich auch in den Stadtteilen Rohrbach (12,5 Punkte), Wieblingen (10,0 Punkte),

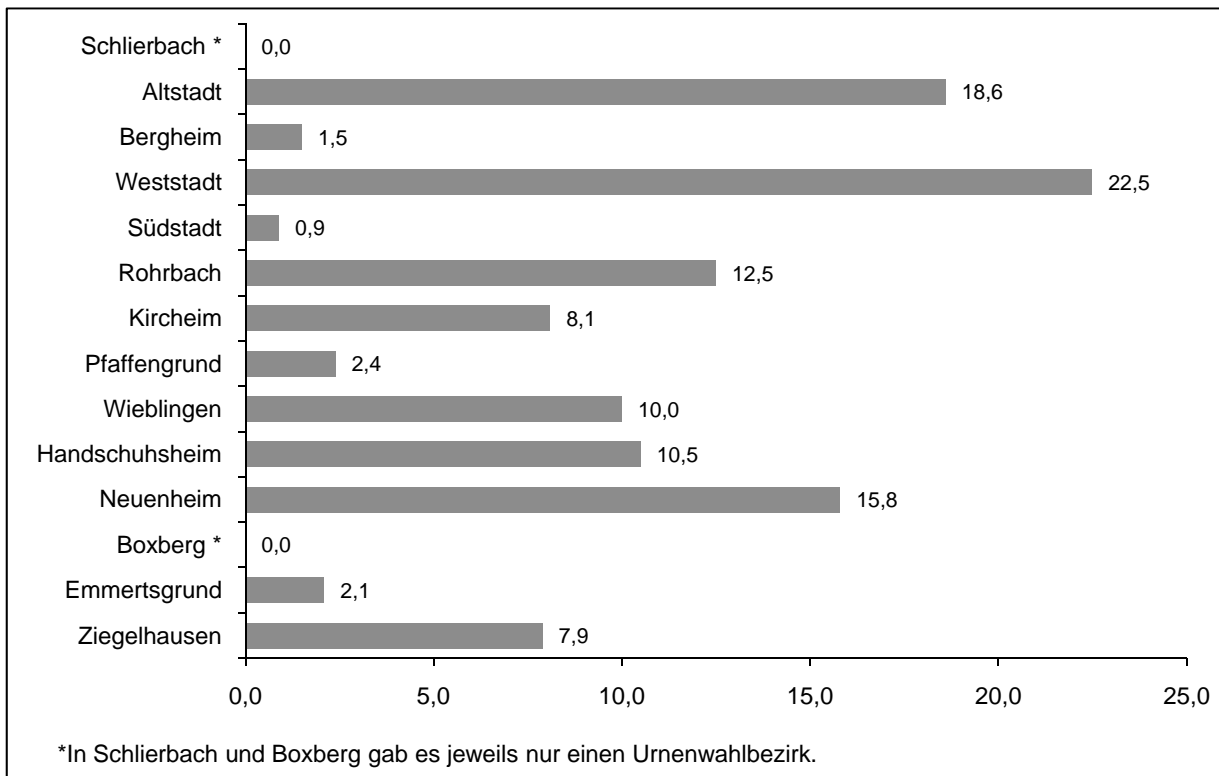
Handschuhsheim (10,5 Punkte) und Neuenheim (15,8 Prozent) nachweisen.

Dagegen unterscheidet sich die Beteiligung in den beiden Urnenwahlbezirken in der Südstadt nur marginal. Im Bezirk 005-01 liegt die Beteiligung bei 34,8 Prozent, im Bezirk 005-02 bei 33,9 Prozent. Die Differenz beträgt 0,9 Punkte.

Auch in den Stadtteilen Bergheim (1,5 Punkte), Pfaffengrund (2,4 Punkte) und Emmertsgrund (2,1 Punkte) liegt die Variation unter fünf Prozentpunkten. Etwas stärkere Unterschiede lassen sich in den Stadtteilen Kirchheim (8,2 Punkte) und Ziegelhausen (7,9 Punkte) belegen. In Schlierbach und Boxberg gab es nur einen Urnenwahlbezirk und folglich auch keine Variation.

Abbildung 5 zeigt die Differenz der höchsten und geringsten Beteiligung für jeden Stadtteil.

Abbildung 5: Differenz der höchsten und geringsten Wahlbeteiligung der Urnen-Wahlbezirke nach Stadtteilen (Unterschiede in Prozentpunkten)



6. Ergebnis

Beim Bürgerentscheid Stadthalle 2010 haben sich 39.346 von 101.237 Wahlberechtigten beteiligt. Von den 39.235 gültigen abgegebenen Stimmen votierten 12.911 Personen (32,9 Prozent) für einen Anbau oder Neubau an der Stadthalle, 26.324 Wahlberechtigte (67,1 Prozent) lehnten dies ab. Mit 69,2 Prozent war die Ablehnung in den Briefwahlbezirken leicht höher als in den Urnenwahlbezirken (66,5 Prozent). Dieser Abschnitt betrachtet das Abstimmungsverhalten nach Stadtteilen und Wahlbezirken.

6.1 Gültige und ungültige Stimmen

Von 39.346 abgegebenen Stimmen waren 39.235 gültig (99,7 Prozent), 111 waren ungültig (0,3 Prozent). Keine ungültigen Stimmen gab es im Stadtteil Schlierbach. In absoluten Zahlen gab es die meisten ungültigen Stimmen im Stadtteil Neuenheim (20), prozentual gesehen im Stadtteil Boxberg (0,8 Prozent). Beim Bürgerentscheid Emmertsgrund 2008 betrug der Anteil ungültiger Stimmen ebenfalls 0,3 Prozent.

6.2 Stimmenanteile nach Stadtteilen

Von 39.235 gültigen Stimmen entfallen 12.911 (32,9 Prozent) auf „Ja“ und 26.324 auf „Nein“. Mit anderen Worten: Eine deutliche Zwei-Drittel-Mehrheit hat sich beim Bürgerentscheid gegen eine Erweiterung der Stadthalle ausgesprochen.

Wie Abbildung 6 zeigt, liegt in allen Stadtteilen der Anteil der „Nein“-Stimmen deutlich über 50 Prozent. Mit

76,8 Prozent haben sich die Wahlberechtigten in der Altstadt am deutlichsten gegen die Erweiterung der Stadthalle ausgesprochen. Knapp dahinter rangieren die Stadtteile Bergheim (74,8 Prozent) und Weststadt (72,9 Prozent).

In zehn Stadtteilen liegt der Anteil der „Nein“-Stimmen zwischen 60 und 70 Prozent. Die geringste Ablehnung gegen die Erweiterung ist im Stadtteil Ziegelhausen nachzuweisen. Dort haben 58,8 Prozent der Bürger mit „Nein“ gestimmt.

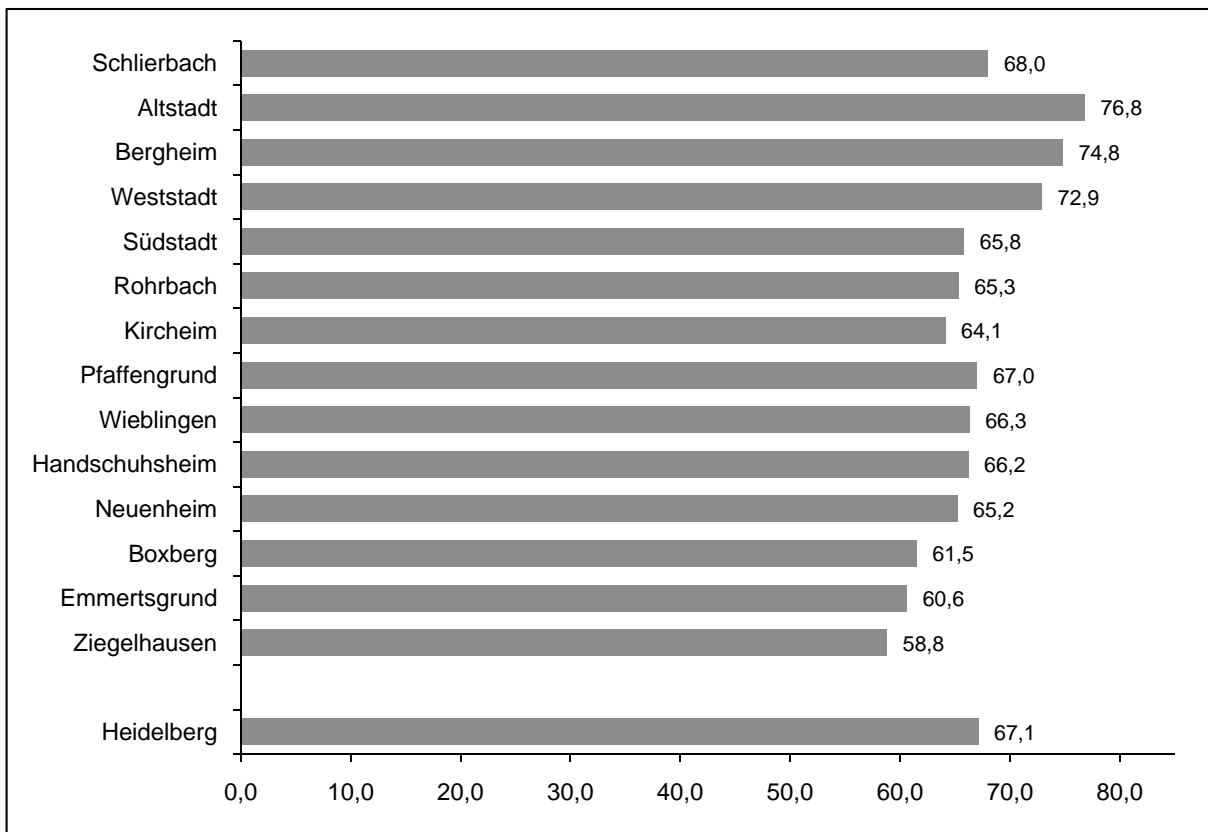
Die Ergebnisse zeigen, dass zwar in allen Stadtteilen eine deutlich ablehnende Bewertung der Erweiterung der Stadtteile überwiegt, aber zwischen den Stadtteilen finden sich deutliche Niveauunterschiede. In der Altstadt findet sich eine Drei-Viertel-Mehrheit, in Ziegelhausen ist die Ablehnung rund 18 Prozentpunkte niedriger. Eine Erklärung für diese Niveauunterschiede ist sicherlich die unmittelbare Betroffenheit. Die Anwohner in der Altstadt wären von einer Erweiterung bzw. einem Anbau der Stadthalle zweifellos stärker betroffen als die Bürger im Stadtteil Ziegelhausen.

6.3 Stimmenanteile nach Wahlbezirken

Die Betrachtung des Abstimmungsverhaltens auf Wahlbezirksebene lässt nur ein Fazit zu. Der Anbau bzw. Neubau für ein erweitertes Kongresszentrum an der Stadthalle wird durchweg abgelehnt. In keinem der 59 Urnenwahlbezirke und 14 Briefwahlbezirken findet sich eine Mehrheit für die Erweiterung. Der Anteil der „Nein“-Stimmen liegt zwischen 53,2 und 78,5 Prozent.

In acht der 73 Wahlbezirke liegt die Ablehnung unter 60 Prozent, in 23 Wahl-

Abbildung 6: Anteil der Stimmen, die eine Erweiterung der Stadthalle ablehnen, nach Stadtteilen (Angaben in Prozent)



bezirken dagegen über 70 Prozent. In den restlichen Bezirken liegt der Anteil der Nein-Stimmen zwischen 60 und 70 Prozent.

Die Ablehnung der Heidelberger ist eindeutig, lediglich das Niveau dieser Ablehnung variiert zwischen den Wahlbezirken.

In allen sieben Wahlbezirken der Altstadt liegt die Ablehnung bei über 70 Prozent, im Wahlbezirk 002-03 erreicht sie mit 78,5 Prozent das höchste Ausmaß.

Relativ geringe Anteile an Nein-Stimmen – aber immer noch deutliche Ablehnung – lassen sich im Stadtteil Ziegelhausen nachweisen. In fünf der acht Wahlbezirke liegt der Anteil der „Nein“-Stimmen unter 60 Prozent. In den Bezirken 014-01 bei 62,4 Prozent und im Wahlbezirk 014-05 bei 64,4 Prozent.

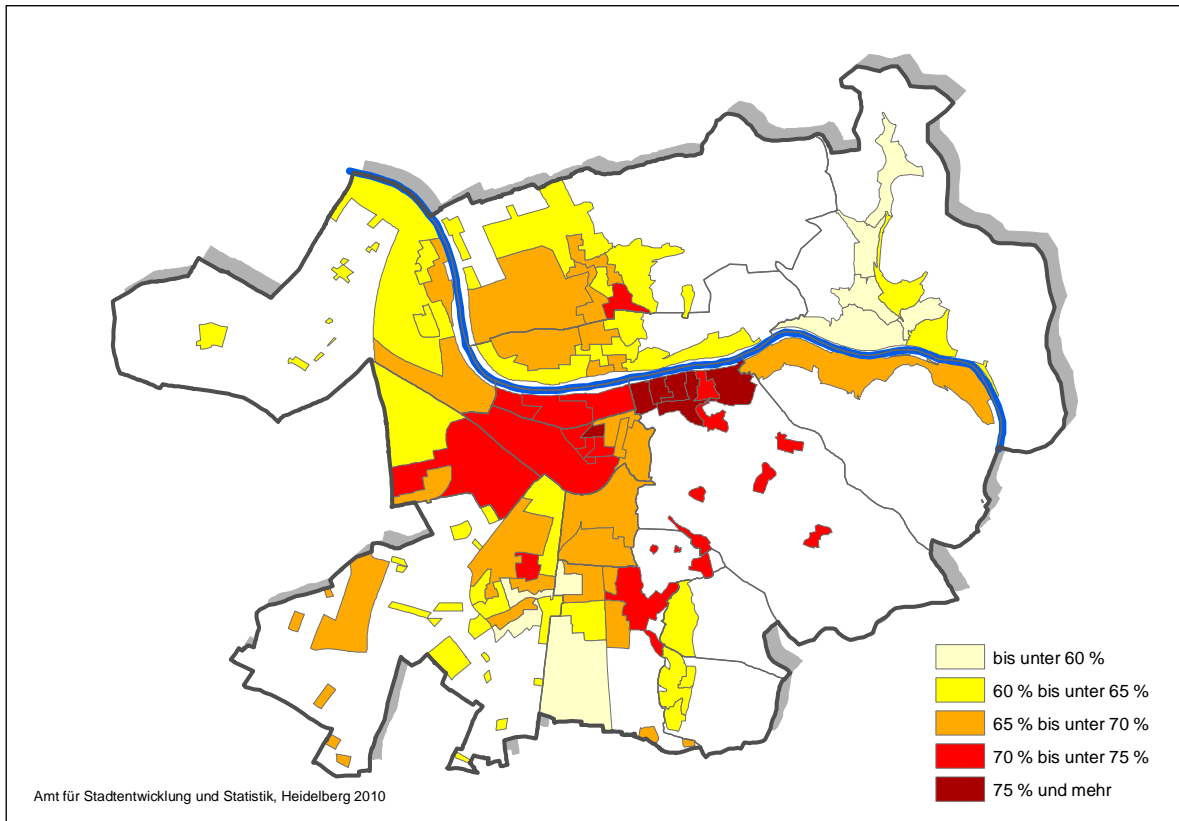
Insgesamt ist das Abstimmungsverhalten zwischen den Wahlbezirken innerhalb eines Stadtteils homogener als die Wahlbeteiligung. Lediglich in Rohrbach, Kirchheim und Ziegelhausen liegt die Differenz im zweistelligen Bereich.

Bis auf die Altstadt, Südstadt, Kirchheim und Emmertsgrund liegen die Anteile der „Nein“-Stimmen in den Briefwahlbezirken über denen des Stadtteilergebnisses. In der Weststadt, Wieblingen und Handschuhsheim ist dieser Anteil der höchste aller Wahlbezirke.

Abbildung 7 stellt die Differenz zwischen dem Anteil der geringsten und dem Anteil der höchsten „Nein“-Stimmen in den Wahlbezirken nach Stadtteilen dar.

Karte 3 zeigt die Anteile der „Nein“-Stimmen beim Bürgerentscheid nach Wahlbezirken, Karte 4 die Anteile der „Ja“-Stimmen (jeweils ohne Briefwahl).

Karte 3: Anteile der „Nein“-Stimmen beim Bürgerentscheid nach Wahlbezirken (ohne Briefwahl)



Karte 4: Anteile der „Ja“-Stimmen beim Bürgerentscheid nach Wahlbezirken (ohne Briefwahl)

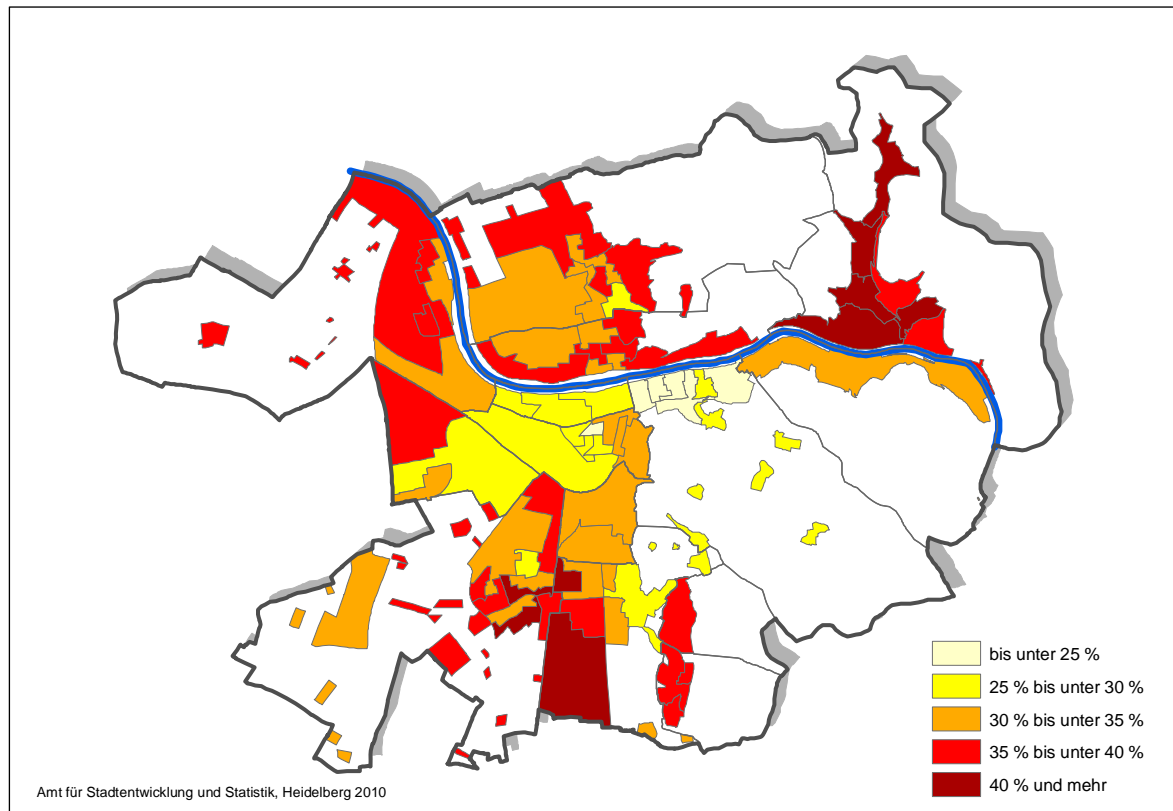
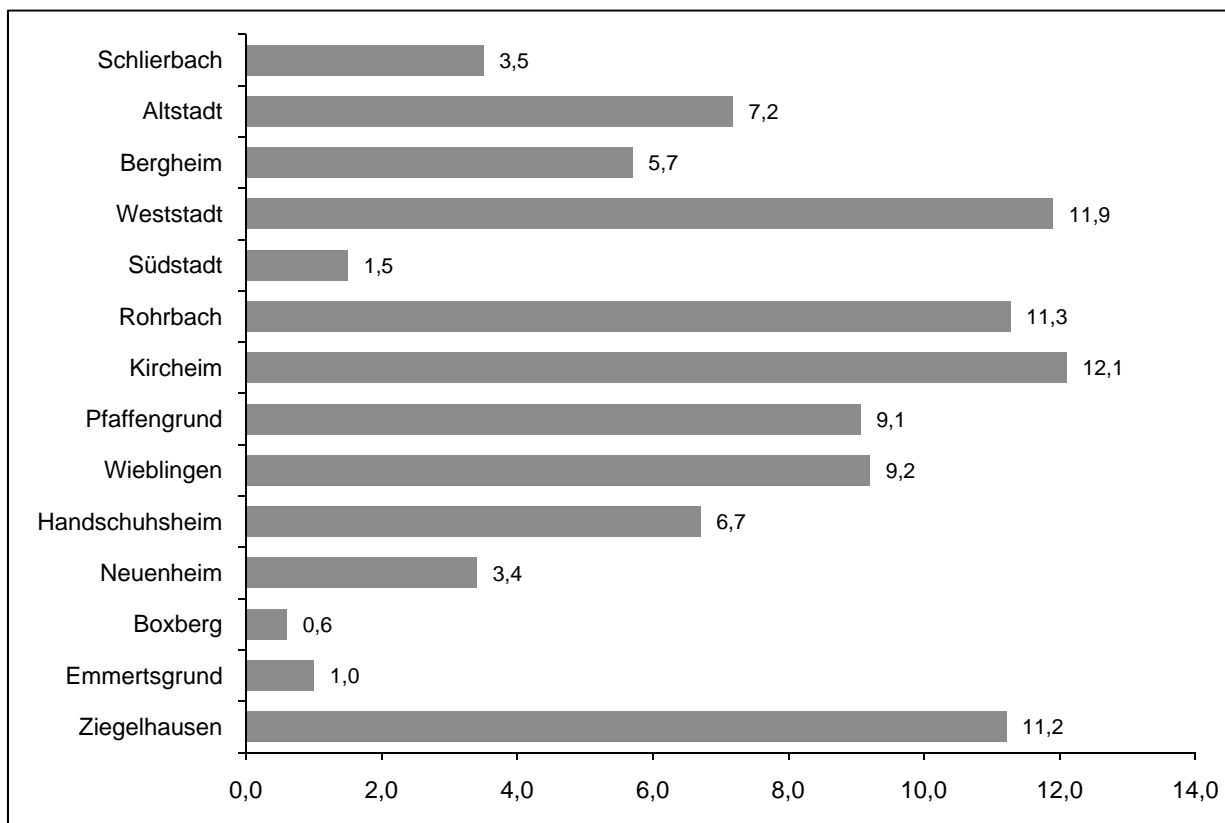


Abbildung 7: Differenz der Anteile der Nein-Stimmen der Wahlbezirke nach Stadtteilen (Unterschiede in Prozentpunkten)



6.4 25-Prozent-Quorum

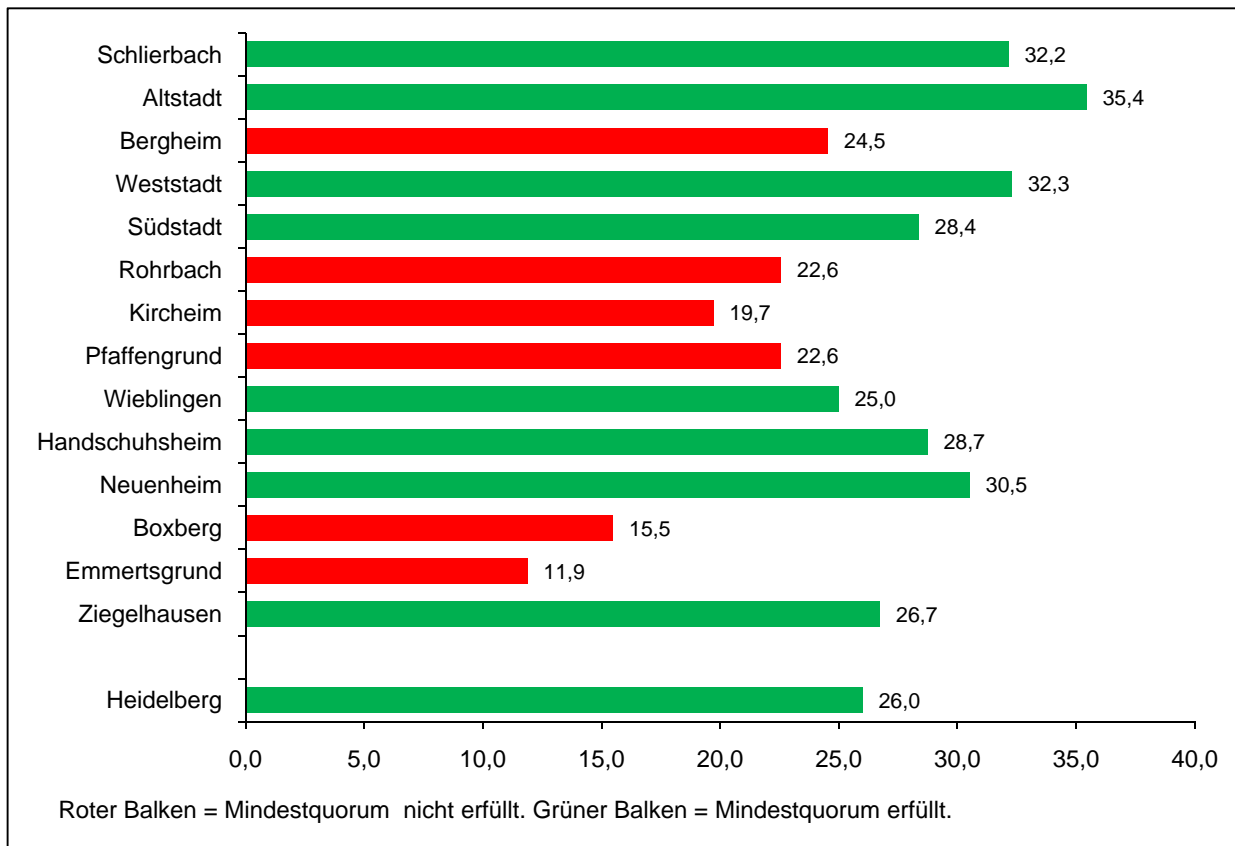
Im Gegensatz zu einer normalen Wahl ist bei einem Bürgerentscheid die Stimmenmehrheit nicht ausreichend, um zu einem verbindlichen Ergebnis zu kommen. Für die Gültigkeit eines Bürgerentscheids müssen mindestens 25 Prozent der Wahlberechtigten entweder für „Ja“ oder für „Nein“ stimmen. Der Bürgerentscheid Emmertsgrund 2008 scheiterte – trotz einer Zustimmung von 82,3 Prozent – an diesem Mindestquorum. Damals hatten sich nur 22.524 Personen an der Abstimmung beteiligt.

Beim Bürgerentscheid Stadthalle 2010 lag das notwendige Mindestquorum bei 25.310 Stimmen. Insgesamt hatten sich 39.346 Personen am Bürgerentscheid beteiligt. Davon stimmten 12.911 Bürger

für den Anbau bzw. die Erweiterung, 26.324 Personen lehnten dies ab. Damit wurde das notwendige Quorum um 1.014 Stimmen übertroffen. Der Bürgerentscheid hat damit die Wirkung eines endgültigen Beschlusses des Gemeinderats. Er kann innerhalb von drei Jahren nur durch einen neuen Bürgerentscheid abgeändert werden.

Abbildung 8 setzt den Anteil der „Nein“-Stimmen in Bezug zur Anzahl der Wahlberechtigten je Stadtteil. Dabei zeigt sich, dass das erforderliche Mindestquorum nicht in jedem Stadtteil erreicht wurde. In acht der 14 Stadtteile liegt der Anteil über den notwendigen 25 Prozent, in sechs Stadtteilen darunter.

**Abbildung 8: Anteil der „Nein“-Stimmen an den Wahlberechtigten nach Stadtteilen
(Angaben in Prozent)**



7. Zusammenfassende Bewertung

Beim zweiten Bürgerentscheid haben sich 38,9 Prozent der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger beteiligt. Das sind deutlich mehr als beim Bürgerentscheid Emmertsgrund im Juni 2008 (22,4 Prozent).

Wenn ein Bürgerentscheid in einer Großstadt erfolgreich zustande kommen soll, muss die Frage, über die abgestimmt wird, für alle Bürger sichtbar und abschätzbar sein. Dies war bei der Frage über die Erweiterung der Stadthalle deutlich eher der Fall als beim Bürgerentscheid Emmertsgrund 2008.

Beim Bürgerentscheid Stadthalle haben sich von 39.346 Wählern 26.324 gegen die Erweiterung der Stadthalle ausgesprochen. Dies entspricht einer Ablehnung von 67,1 Prozent. Das erforderliche 25-Prozent-Mindestquorum lag bei 25.310 Stimmen und wurde damit um 1.014 Stimmen übertroffen.

Der Bürgerentscheid hat damit die Wirkung eines endgültigen Beschlusses des Gemeinderats. Der Gemeinderat hat am 28. Juli 2010 das amtliche Endergebnis zur Kenntnis genommen. Die Umsetzung der Stadhallen-Erweiterung ist mit dem Ergebnis gestoppt.

Anhang: Ergebnisse in den einzelnen Wahlbezirken

Wahlbezirk/ Stadtteil	Wahlbe- rechtigte	Wähler	Wahl- betei- ligung	ungültige Stimmen	gültige Stimmen	davon entfielen auf:			
						JA		NEIN	
						abs.	in %	abs.	in %
001-01	2.429	872	35,9	0	872	286	32,80	586	67,20
001-90	0	276	0	0	276	81	29,35	195	70,65
Schlierbach	2.429	1.148	47,3	0	1.148	367	31,97	781	68,03
002-01	1.092	367	33,6	1	366	83	22,68	283	77,32
002-02	1.445	355	24,6	0	355	102	28,73	253	71,27
002-03	1.491	427	28,6	0	427	92	21,55	335	78,45
002-04	1.176	450	38,3	0	450	106	23,56	344	76,44
002-05	1.243	537	43,2	0	537	126	23,46	411	76,54
002-06	1.178	370	31,4	0	370	89	24,05	281	75,95
002-90	0	1.019	0	5	1.014	218	21,50	796	78,50
Altstadt	7.625	3.525	46,2	6	3.519	816	23,19	2.703	76,81
003-01	2.488	616	24,8	0	616	156	25,32	460	74,68
003-02	2.510	660	26,3	4	656	178	27,13	478	72,87
003-90	0	369	0	1	368	79	21,47	289	78,53
Bergheim	4.998	1.645	32,9	5	1.640	413	25,18	1.227	74,82
004-01	1.107	374	33,8	0	374	128	34,22	246	65,78
004-02	1.101	389	35,3	1	388	89	22,94	299	77,06
004-03	1.283	294	22,9	2	292	77	26,37	215	73,63
004-04	1.108	503	45,4	1	502	151	30,08	351	69,92
004-05	1.160	426	36,7	1	425	136	32,00	289	68,00
004-06	1.076	479	44,5	1	478	124	25,94	354	74,06
004-07	1.022	389	38,1	0	389	105	26,99	284	73,01
004-08	1.760	498	28,3	0	498	140	28,11	358	71,89
004-90	0	914	0	0	914	204	22,32	710	77,68
Weststadt	9.617	4.266	44,4	6	4.260	1.154	27,09	3.106	72,91
005-01	1.984	691	34,8	4	687	234	34,06	453	65,94
005-02	1.195	405	33,9	2	403	136	33,75	267	66,25
005-90	0	283	0	2	281	99	35,23	182	64,77
Südstadt	3.179	1.379	43,4	8	1.371	469	34,21	902	65,79
006-01	2.064	707	34,3	1	706	211	29,89	495	70,11
006-02	2.213	638	28,8	2	636	211	33,18	425	66,82
006-03	1.951	495	25,4	1	494	156	31,58	338	68,42
006-04	2.042	445	21,8	0	445	166	37,30	279	62,70
006-05	2.888	811	28,1	2	809	333	41,16	476	58,84
006-90	0	769	0	2	767	262	34,16	505	65,84
Rohrbach	11.158	3.865	34,6	8	3.857	1.339	34,72	2.518	65,28
007-01	2.110	561	26,6	4	557	226	40,57	331	59,43
007-02	2.353	605	25,7	4	601	198	32,95	403	67,05
007-03	1.985	446	22,5	4	442	171	38,69	271	61,31
007-04	2.152	490	22,8	1	489	167	34,15	322	65,85
007-05	2.223	602	27,1	0	602	222	36,88	380	63,12
007-06	1.038	318	30,6	2	316	90	28,48	226	71,52
007-90	0	645	0	2	643	238	37,01	405	62,99
Kirchheim	11.861	3.667	30,9	17	3.650	1.312	35,95	2.338	64,05
008-01	2.103	568	27,0	0	568	217	38,20	351	61,80
008-02	2.055	605	29,4	1	604	176	29,14	428	70,86
008-03	1.730	476	27,5	2	474	161	33,97	313	66,03
008-90	0	340	0	2	338	101	29,88	237	70,12
Pfaffengrund	5.888	1.989	33,8	5	1.984	655	33,01	1.329	66,99

Noch: Ergebnisse in den einzelnen Wahlbezirken

Wahlbezirk/ Stadtteil	Wahlberechtigte	Wähler	Wahlbeteiligung	ungültige Stimmen	gültige Stimmen	davon entfielen auf:			
						JA		NEIN	
						abs.	in %	abs.	in %
009-01	2.097	670	32,0	1	669	259	38,71	410	61,29
009-02	1.223	453	37,0	0	453	137	30,24	316	69,76
009-03	2.117	624	29,5	1	623	225	36,12	398	63,88
009-04	1.626	439	27,0	1	438	136	31,05	302	68,95
009-90	0	482	0	1	481	142	29,52	339	70,48
Wieblingen	7.063	2.668	37,8	4	2.664	899	33,75	1.765	66,25
010-01	2.804	821	29,3	4	817	272	33,29	545	66,71
010-02	2.402	772	32,1	0	772	258	33,42	514	66,58
010-03	2.224	818	36,8	2	816	282	34,56	534	65,44
010-04	2.332	762	32,7	3	759	278	36,63	481	63,37
010-05	2.293	810	35,3	1	809	288	35,60	521	64,40
010-06	1.164	463	39,8	2	461	138	29,93	323	70,07
010-90	0	1.307	0	1	1.306	425	32,54	881	67,46
Handschuhsheim	13.219	5.753	43,5	13	5.740	1.941	33,82	3.799	66,18
011-01	1.166	381	32,7	1	380	138	36,32	242	63,68
011-02	1.958	725	37,0	5	720	248	34,44	472	65,56
011-03	1.164	461	39,6	1	460	163	35,43	297	64,57
011-04	1.946	814	41,8	2	812	288	35,47	524	64,53
011-05	1.925	615	31,9	1	614	207	33,71	407	66,29
011-06	1.595	415	26,0	4	411	152	36,98	259	63,02
011-90	0	1.175	0	6	1.169	393	33,62	776	66,38
Neuenheim	9.754	4.586	47,0	20	4.566	1.589	34,80	2.977	65,20
012-01	2.938	616	21,0	5	611	236	38,63	375	61,37
012-90	0	129	0	0	129	49	37,98	80	62,02
Boxberg	2.938	745	25,4	5	740	285	38,51	455	61,49
013-01	2.558	407	15,9	1	406	160	39,41	246	60,59
013-02	1.837	253	13,8	2	251	98	39,04	153	60,96
013-90	0	205	0	0	205	82	40,00	123	60,00
Emmertsgrund	4.395	865	19,7	3	862	340	39,44	522	60,56
014-01	1.181	421	35,6	1	420	158	37,62	262	62,38
014-02	936	384	41,0	0	384	154	40,10	230	59,90
014-03	1.171	427	36,5	0	427	195	45,67	232	54,33
014-04	1.024	378	36,9	6	372	174	46,77	198	53,23
014-05	919	360	39,2	0	360	128	35,56	232	64,44
014-06	1.014	336	33,1	1	335	142	42,39	193	57,61
014-07	868	299	34,4	0	299	126	42,14	173	57,86
014-90	0	640	0	3	637	255	40,03	382	59,97
Ziegelhausen	7.113	3.245	45,6	11	3.234	1.332	41,19	1.902	58,81
Heidelberg	101.237	39.346	38,9	111	39.235	12.911	32,91	26.324	67,09

STADTBLATT-SONDERBEILAGE

30. JUNI 2010

ERWEITERUNG DER STADTHALLE HEIDELBERG

Überzeugender Entwurf gelungen

Großes Interesse bei der Bürgerinformationsveranstaltung: über 300 Bürgerinnen und Bürger waren gekommen, um sich den überarbeiteten Entwurf für die Erweiterung der Stadthalle anzusehen. Der Entwurf wirkt deutlich leichter und graziler durch großzügige Fensterflächen, es ist Platz für mehr Grün rund um den Erweiterungsbau und dank des geneigten Schieferdachs in Kombination mit teilweiser Dachbegrünung passt sich das Bauwerk rücksichtsvoll in das Altstadt-Ambiente ein.

Oberbürgermeister Dr. Eckart Würzner zeigte sich begeistert vom neuen Entwurf: »Ein rundum gelungener Vorschlag der Architekten, die es verstanden haben, die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger aufzugreifen und umzusetzen. Genau das war mir ein besonderes Anliegen.«

Dieser Einschätzung schloss sich Erster Bürgermeister Bernd Stadel an und ergänzte: »Viele Bürgerinnen und Bürgern ist es wichtig, den Baumbestand rund um die Stadthalle in weiten Teilen zu erhalten. Dank der ausgefeilten Planung

AUSSTELLUNG IM RATHAUSFOYER

Der neue Entwurf der Stadthalle mit Erweiterungsbau ist seit Montag, 28. Juni, im Rathausfoyer ausgestellt. Hier können sich interessierte Bürgerinnen und Bürger zu den üblichen Öffnungszeiten des Rathauses informieren. Das Stadtplanungsamt steht jeden Dienstag im Juli um 18 Uhr für Erläuterungen zur Verfügung.



Architekt Ludwig Karl erläutert Erstem Bürgermeister Bernd Stadel und Oberbürgermeister Dr. Eckart Würzner (v. l.) den überarbeiteten Entwurf für die Stadthallen-Erweiterung.

des Architekten ist es nun möglich, am Neckarstadten die Bäume komplett zu erhalten und an der Unteren Neckarstraße sogar neue Bäume zu pflanzen. Auf dem Jubiläumplatz stehen nach der Umgestaltung mehr Bäume als heute. Zweiter ökologischer Pluspunkt der Planung ist das begrünte Dach, das sich stadtklimatisch positiv auswirkt. Wir haben nun einen weiterentwickelten Vorentwurf, der auf wesentliche Aspekte der bisherigen Diskussion hervorragend reagiert und mit den neuen Vorschlägen die Entwicklungsfähigkeit der Grundkonzeption belegt. Selbstverständlich ist die Diskussion um die Architektur aber auch damit noch nicht abgeschlossen. Ich bin mir sicher, dass sich weitere Optimierungen bei der Durcharbeitung einstellen werden. Das Grundkonzept beweist, dass die Realisierung an diesem Standort sehr gut möglich ist.«

Was den Baumbestand anbelangt sehen die Planungen vor, dass insgesamt 28 Bäume gefällt werden müssen, 21 werden neu gepflanzt. Auf dem Jubiläumplatz werden nach der Umgestaltung, durch die der Platz deutlich an Aufenthaltsqualität gewinnt, 10 Bäume mehr stehen als heute.

Dies wird zum einen durch den veränderten Grundriss des Erweiterungsbaus ermöglicht, zum anderen durch die Verlegung der Tiefgarage unter den Erweiterungsbau. Die Ein- und Ausfahrt soll aber weiterhin im Bereich des Jubiläumplatzes verbleiben. Die neue Tiefgarage wird dann ebenso wie die bestehende Tiefgarage über eine unterirdische Verkehrsführung erreichbar sein. Damit kann auch das Umfeld der Stadthalle deutlich vom Parkverkehr entlastet werden, da die bisherige Zufahrt entfällt.



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die Stadthalle Heidelberg soll zu einem modernen Kongress- und Kulturzentrum ausgebaut werden. Ein solches Haus passt wunderbar zu Heidelberg als Stadt der Wissenschaft und der Kultur. Neben dem inhaltlichen Konzept muss natürlich auch das Gebäude des geplanten Erweiterungsbaus zu Heidelberg passen. Viele Bürgerinnen und Bürger haben sich gewünscht, dass der Siegerentwurf des Architekturwettbewerbs an Leichtigkeit gewinnen, von mehr Grün umgeben und besser in das Altstadt-Ensemble eingebettet sein soll.

Deshalb habe ich die Architekten gebeten, die Anregungen konstruktiv in die weitere Planung aufzunehmen.

Der überarbeitete Entwurf, der nun vorliegt, hat dies in überzeugender Weise umgesetzt. Der Stadthallenanbau gewinnt deutlich an Leichtigkeit und Anpassungsfähigkeit, ohne seinen unverwechselbaren Charakter zu verlieren. Rund um die Stadthalle können wir sehr viele Bäume erhalten, so dass die Stadthalle wie von einem grünen Band eingefasst wird, das sich auch auf dem Dach des Gebäudes fortsetzt. Dies ist eine überzeugende Weiterentwicklung des Entwurfs, der sowohl die Tradition der alten Stadthalle respektiert als auch ein Zeichen Richtung Zukunft setzt.

In punkto Funktionalität konnte die bislang schon sehr gute Planung sogar noch weiter verbessert werden und auch die Baukosten bleiben auf demselben Niveau. Ein rundum gelungener Vorschlag der Architekten, die es verstanden haben, die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger aufzugreifen und umzusetzen. Dies war mir ein besonderes Anliegen – wir sollten schließlich die Erweiterung der Stadthalle für die Menschen und mit ihnen bauen. Deshalb werde ich auch weiterhin auf den Dialog mit Ihnen setzen – um Heidelbergs Zukunft gemeinsam zu gestalten.

Herzlich Ihr

Eckart Würzner
Dr. Eckart Würzner

Entwurf besticht durch mehr Leichtigkeit und grünes Umfeld

Bei der Überarbeitung des Entwurfs zum Erweiterungsbau der Stadthalle hat das Architekturbüro Karl & Probst viele Änderungen vorgenommen, die sie aus den Wünschen der Bürgerinnen und Bürger ableiteten. Das Ergebnis ist ein Entwurf, der sowohl durch seine Anpassungsfähigkeit wie seine Individualität überzeugt.



Grünes Band rund um die Stadthalle

- Der Bombenstand am Neckarstrand bleibt komplett erhalten.
- Durch den großen Gabelbodenstand an der unteren Neckarstraße können hier entlang das Erweiterungsbau neue Bäume gepflanzt werden.



Empassung in Altstadt-Ensemble

- Die Fassade des Erweiterungsbau wird noch wie vor in Sandstein und Glas gestaltet. Der Anteil der offenen, transparenten Fassadenelemente erhöht sich jedoch. Die geänderte Fassadenteilung greift die vorhandenen Proportionen der bestehenden Stadthalle auf.
- Der Dachaufbau über den Konferenzsälen erhält ein Walmdach in Schieferdeckung – so wie die bestehende Stadthalle. Die Dachfläche passt sich so optimal in die Dachlandschaft der Heilbröberger Altstadt an.
- Das verbleibende Flachdach erhält eine Durchdringung, die sich aufgrund der Verdunstungskühlung und Regenwassernachhaltung stadtklimatisch positiv auswirkt.

Optimierte Platznutzung

- Auf der Neckarseite wird die Fassade des Erweiterungsbau in die Bauflucht der Stadthalle integriert.
- Der Abstand im Schrägen an der unteren Neckarstraße bleibt unverändert. Der Baukörper verbleibt sich so um etwa einsechshalb Meter.
- Dadurch kann die Länge des Erweiterungsbau von 70 auf 60 Meter reduziert werden.
- Durch diese Optimierung entsteht zusätzlich Fläche und zusätzliche Baumplatzierungen.
- Die Veranlagung im ersten Obergeschoss erhalten damit sogar eine bessere, aber quadratische Proportion.

Offene und einladende Gestaltung

- Die Verbindung zwischen Erweiterungsbau und bestehender Stadthalle wird mit einer transparenten, glasernen Brücke hergestellt. Es besteht somit in Verflechtung der Baumstruktur bis zum Neckar ein offener, direkter Durchgang im Bereich der »Stadthallenarkade«.
- Als Pendant zum collectiven Balkon der Stadthalle wird eine loggia im ersten Obergeschoss des Erweiterungsbau angeordnet.



Architektur ist immer auch Dialog

Die Münchner Architekten Karl & Probst gewannen 2009 den Architekturwettbewerb zur Erweiterung der Stadthalle. In den vergangenen Wochen haben die Planer den Entwurf überarbeitet und dabei die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger aufgenommen. Im Interview erläutert Ludwig Karl, was für ihn den Erweiterungsbau ausmacht.

Herr Karl, was ist neu an dem überarbeiteten Entwurf?

Wir haben den Grundriss des Anbaus verändert, der nun etwa eineinhalb Meter breiter und dafür vier Meter kürzer ausgebildet wird. Vorteil: damit bleiben wir in der Flucht der alten Stadthalle und gewinnen östlich des Erweiterungsbaus Platz für eine begrünte Fläche. Die Fassade haben wir deutlich luftiger gestaltet durch größere Fensterflächen und breitere Abstände der Fassadenlamellen. Durch das teilweise begrünte Dach des Anbaus und das schiefergedeckte Walmdach fügt sich das Gebäude sehr gut in die Dachlandschaft des Altstadtensembles ein.



Bei all den Änderungen – erkennen Sie denn Ihren ursprünglichen Entwurf wieder?

Aber sicher – der Charakter unseres Entwurfs ist nach wie vor präsent! Mein Verständnis von Architektur ist es übrigens nicht, etwas auf dem Reißbrett zu entwerfen und es dann eins zu eins umzusetzen. Gute Architektur entsteht immer in einem Prozess, einem Dialog – mit dem Bauherrn, aber insbesondere auch den Bürgern und Anwohnern, mit dem städtebaulichen Umfeld, mit der Geschichte des Ortes.

Was meinen Sie damit konkret?

Es geht um Sensibilität von Architektur. Es gibt Bewohner, die bestimmte Vorstellungen ihrer städtischen Räume haben und es gibt ein historisch gewachsenes Umfeld, das es zu respektieren gilt. Architektur ist schließlich kein Kunstwerk, das im Museum hängt, Architektur steht gewissermaßen mitten im Leben. Deshalb bin ich auch gerne bereit, meine Ideen im Dialog weiterzuentwickeln. Das gehört für mich zu einem guten Architekten dazu.

Ihr Entwurf hat viel Kritik erhalten, schmerzt Sie das?

Architekturentwürfe zu vermitteln ist ein wirklich schwieriges Geschäft. Ich kann sehr gut verstehen, dass die Heidelberger an ihrer Stadt hängen – sie ist schließlich eine der schönsten in Deutschland. Aber jeder weiß natürlich, dass Städte sich entwickeln und verändern, selbst wenn baulich nichts Neues umgesetzt wird. Deshalb ist es mir wichtig, dass der Erweiterungsbau zu einem integralen, wertvollen Baustein der Heidelberger Altstadt wird und dabei auch in 50 Jahren, mit seiner eigenen Ästhetik, als Zeugnis der Baugeschichte in unsere heutige Zeit einordenbar ist. Beliebige Architektur kann so etwas nicht und ist austauschbar – deshalb stelle ich mich kritischen Fragen und gehe gerne in den Diskurs.

Offenheit und Transparenz

Der überarbeitete Entwurf setzt auf Offenheit und Transparenz, ohne dass die grundlegende Charakteristik des Siegerentwurfs verloren geht. Dies wird gerade auch bei der Betrachtung von Details deutlich.



Fassadengestaltung: Der Dualismus zwischen Sandsteinfassade und Öffnungen bleibt erhalten.



Die Verbindung beider Häuser wird transparent gestaltet als »gläserne Brücke«. Dadurch verbleibt ein öffentlicher Durchgang von der Bienenstraße bis zum Neckar. Als Pendant zum Balkon der Stadthalle wird im Anbau eine Loggia vorgesehen.

BÜRGERENTSCHEID AM 25. JULI 2010

In einem Bürgerentscheid am 25. Juli 2010 werden die Bürgerinnen und Bürger über die Frage abstimmen: »Soll die Stadt Heidelberg einen Anbau oder Neubau für ein erweitertes Kongresszentrum an der Stadthalle errichten?«

Für den – mittlerweile überarbeiteten – Siegerentwurf der Stadthallen-Erweiterung hatte sich der Gemeinderat am 11. März 2010 mit großer Mehrheit ausgesprochen. Aufgrund eines Bürgerbegehrens, das von rund 18.000 Bürgerinnen und Bürgern unterzeichnet wurde, stimmte der Gemeinderat für die Durchführung eines Bürgerentscheids.

IMPRESSUM

Herausgeber: Stadt Heidelberg
Amt für Öffentlichkeitsarbeit
Marktplatz 10, 69117 Heidelberg

Redaktion: Diana Scharl

Fotos und Grafiken: Philipp Rothe, Karl & Probst

Gestaltung: Andrea Reuter

Druck: Rhein-Neckar-Zeitung GmbH

Stadtblatt-Sonderbeilage

7. Juli 2010

Informationen zum Bürgerentscheid zur Stadthallen-Erweiterung

Mit Stellungnahmen von Heidelberg Marketing und BIEST

Am 25. Juli entscheiden die Bürgerinnen und Bürger

Die Heidelberger Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, bei einem Bürgerentscheid am 25. Juli 2010 über die Zukunft der Stadthalle abzustimmen. Es geht um die Beantwortung der Frage: »Soll die Stadt Heidelberg einen Anbau oder Neubau für ein erweitertes Kongresszentrum an der Stadthalle errichten?«

Schon Jahrzehnte währt die Diskussion in Heidelberg über ein modernes Kongresszentrum. Bereits 1989 attestierte ein Gutachten der Kultur-Congressbau-Consult der Heidelberger Stadthalle »Defizite im Bereich der Tagungsorganisation« und »räumliche Probleme bei Veranstaltungen und Kongressen«. Seitdem wurde nach Lösungen für ein Kongresszentrum gesucht, das insbesondere hinsichtlich des Raumkonzepts den heutigen Anforderungen entspricht. Mehrere Ausschreibungen, unter anderem auch für den Standort Bahnhof, folgten – leider ergebnislos. Entweder sprangen Investoren ab oder waren nur bereit zu investieren, wenn die Stadt Zuschüsse garantierte.

Stadthalle als neuer Konferenzstandort

2008 entschied sich der Gemeinderat für ein modernes Konferenzzentrum am Standort Stadthalle. Diese sollte umfassend saniert und durch einen Erweiterungsbau ergänzt werden. Bei dem anschließenden Architekturwettbewerb ging das Münchner Architekturbüro Karl & Probst als Sieger hervor, das in seinen Plänen einen langgestreckten und schlanken Baukörper im Anschluss an die historische Stadthalle vorsieht. »Die Stärke dieser Arbeit liegt in ihrer Klarheit und Verständlichkeit«, würdigt die internationale



Am 25. Juli wird entschieden, ob die Stadthalle erweitert werden soll. Das Bild zeigt den aktuellen Entwurf des Erweiterungsbaus.

besetzte Jury den Siegerentwurf. Jury-Vorsitzender Prof. Dr. Dr. Werner Durth ergänzte: »Der Entwurf ist ein wunderbares Pendant zur alten Stadthalle, setzt ihr den Neubau als »schlanke Schwester« daneben.«

Am 11. März 2010 beschloss der Heidelberger Gemeinderat mit breiter Mehrheit, die weitere Planung auf der Grundlage der Entwürfe des ersten Preisträgers umzusetzen. Mittlerweile legten die Architekten einen überarbeiteten Entwurf vor, der gezielt Wünsche und Anregungen aus der Bürgerschaft aufgreift.

Nach dem Beschluss des Gemeinderats zur Weiterplanung der neuen Stadthalle wurde ein Bürgerbegehren beantragt, das von mehr als 18.000 Bürgerinnen und Bürgern unterschrieben wurde. In seiner Sitzung am 20. Mai 2010 beschloss der Gemeinderat trotz rechtlicher Bedenken an der Zulässigkeit des Bürgerbegehrens, einen Bürgerentscheid am 25. Juli 2010 durchzuführen. Die Entscheidung über die Zukunft der Stadthalle liegt nun in den Händen der Bürgerinnen und Bürger.

Jede Stimme zählt

Die Abstimmung kann zu folgenden Ergebnissen führen:

1. Die Frage wird mit »Ja« entschieden.
2. Die Frage wird mit »Nein« entschieden.

In beiden Fällen gilt, dass die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen für »Ja« oder »Nein« entscheidet. Zusätzlich schreibt das Gesetz vor, dass diese Abstimmungsmehrheit mindestens 25 Prozent aller Stimmberechtigten betragen muss. Das heißt: Bei derzeit 102.075 Wahlberechtigten (Stand 15. Juni 2010; die Wählerliste wird bis drei Tage vor der Wahl fortgeschrieben) wäre das Quorum erst erfüllt, wenn die Abstimmungsmehrheit mindestens 25.519 gültige Stimmen betragen würde. Kommt bei der Abstimmung das erforderliche 25-Prozent-Quorum nicht zustande, ist die Frage nicht verbindlich entschieden. In diesem Fall geht das Thema zur Entscheidung an den Gemeinderat zurück. Dies zeigt: Beim Bürgerentscheid zählt jede Stimme!



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

mit der Erweiterung der Stadthalle soll Heidelberg ein modernes und attraktives Kongress- und Kulturzentrum erhalten. Aus gutem Grund: wie kaum eine andere Stadt lebt Heidelberg von Wissenschaft und Forschung, von Medizin- und Biotechnologie, von Branchen also, für die der wissenschaftliche Austausch gerade auf internationaler Ebene enorm wichtig ist. Dank unseres hervorragenden internationalen Rufes kommen die Gäste aus aller Welt auch gerne nach Heidelberg – ein klarer Pluspunkt für die Heidelberger Stadthalle, gerade im Vergleich mit anderen Kongressstandorten. Mit der neuen Stadthalle kann Heidelberg also sein Profil als Wissenschaftsstadt weiter schärfen.

Aber nicht nur Wissenschaftler und Unternehmen profitieren von der Stadthalle, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger. Durch die Erweiterung kann der Fortbestand unserer historischen Stadthalle garantiert werden. Und Sie, die Bürgerinnen und Bürger, erhalten einen attraktiven Veranstaltungsort für Kultur und Feste. Die Stadthalle sichert zudem Arbeitsplätze und stärkt die Wirtschaftskraft von Hotels, Gaststätten und des Einzelhandels. Und sie ist die kostengünstigste Lösung, weil der komplette Neubau eines Kongresshauses deutlich teurer wäre als eine intelligente Ergänzung der Stadthalle, wie wir sie planen.

Am 25. Juli haben Sie die Möglichkeit, über die Zukunft der Stadthalle abzustimmen. Bitte nehmen Sie Ihr Recht wahr und beteiligen Sie sich am Bürgerentscheid. Alle Argumente sprechen für die Erweiterung unserer Stadthalle zu einem Kongress- und Kulturzentrum. Daher werde ich am 25. Juli mit »Ja« stimmen – für die Stadthalle und für die Zukunft unserer Stadt.

Ihr
Eckart Würzner
Dr. Eckart Würzner

Chronologie

1989 Die Kultur-Congressbau-Consult attestierte der Stadthalle »Defizite im Bereich der Tagungsorganisation« und »räumliche Probleme bei Veranstaltungen und Kongressen«.

1995 Elf Standorte für ein neues Veranstaltungszentrum werden geprüft, fünf kommen in die engere Wahl: Berliner Straße, Nordseite Ernst-Walz-Brücke, Bahnhofsinsel, Poststraße, Stadthalle.

1996 Der Gemeinderat beschließt Ausschreibung mit drei Standortvarianten: ehemalige Hauptpost, Schlosshotel und Stadthalle. Sieger ist die Firma Holzmann, die das Projekt wegen Insolvenz nicht realisiert.

2000–2006 Drei weitere Ausschreibungen für den Standort Hauptbahnhof schließen sich an, die aus unterschiedlichen Gründen nicht zum gewünschten Ergebnis, dem Bau eines Konferenzzentrums, führen.

April 2008 Der Gemeinderat entscheidet, das Konferenzzentrum am Standort Stadthalle zu verwirklichen. Der Frankfurter Architekt Professor Christoph Mäcker kommt in einer Machbarkeitsstudie zum Ergebnis, dass eine Erweiterung der Stadthalle auf der Ostseite machbar ist und sich die bestehenden logistischen Probleme damit gut lösen lassen.

Dezember 2008 Der Gemeinderat gibt grünes Licht für den Realisierungswettbewerb Stadthallen-Ergänzung.

November 2009 Die Münchner Architekten Karl & Probst gehen als Sieger aus dem Realisierungswettbewerb »Erweiterung Stadthalle« hervor. Die Erweiterung der Stadthalle soll mit einem langgestreckten und schlanken Baukörper auf der Ostseite erfolgen.

März 2010 Der Gemeinderat bestätigt die Entscheidung des Preisgerichts und beschließt, die weitere Planung auf der Grundlage der Entwürfe des ersten Preisträgers umzusetzen.

April 2010 In einem Bürgerbegehren unterzeichnen mehr als 18.000 Bürgerinnen und Bürger die Forderung, über die Erweiterung der Stadthalle in Form eines Bürgerentscheids abstimmen zu lassen.

Mai 2010 Der Gemeinderat beschließt die Durchführung des Bürgerentscheids zur Erweiterung der Stadthalle am 25. Juli 2010. Die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger sind aufgefordert, über die Frage zu entscheiden: »Soll die Stadt Heidelberg einen Anbau oder Neubau für ein erweitertes Kongresszentrum an der Stadthalle errichten?«

Zur umfassenden Bürgerinformation werden zwei Sonderbeilagen zum Bürgerentscheid erscheinen. Dies hat der Gemeinderat beschlossen. Diese Beilage enthält allgemeine Informationen sowie Stellungnahmen der Befürworter und Gegner einer Stadthallen Erweiterung. Die nächste Beilage erscheint am 21. Juli mit Stellungnahmen aus dem Gemeinderat. Weitere Informationen unter: www.heidelberg.de/wahlen www.heidelberg.de/stadthalle

BIEST! Bündnis Stadthallenanbau **NEIN** Aus Liebe zu unserer Stadt



Unsere Argumente

Wir wollen das wunderschöne Stadtbild von Heidelberg nicht opfern. Wir stimmen beim Bürgerentscheid mit **NEIN**.

Der falsche Standort:

Wir sagen **NEIN** zum Stadthallenanbau, aber nicht nein zu einem Kongresszentrum in Heidelberg. Wir verstehen nicht, warum ein Kongresszentrum an der historischen Stadthalle gegen den Willen so vieler Bürger durchgesetzt werden soll. Warum ist den Lobbyisten für ein Kongresszentrum das Stadtbild völlig gleichgültig?

Der Blick auf die Stadthalle und die historischen Gebäude dahinter und auf den angrenzenden Park mit alten Bäumen wird unwiderruflich durch den Anbau vernichtet und dabei leichthändig ein Haus für 12 Familien abgerissen.

Identität unserer schönen Stadt:

Wir wollen die Identität von Heidelberg und der Altstadt, ihre historische Bausubstanz und ihre kulturellen Werte erhalten. Das sah bisher auch der Gemeinderat so. Deshalb wurde vor Jahren die Schutzsatzung für die Altstadt verabschiedet. Wie können Balkone oder Satellitenschüsseln abgelehnt werden, aber ein solcher massiver Anbau an die Stadthalle, der Abriss eines Wohnhauses und die Betonierung eines Parks genehmigt werden? Diese Ausnahmegenehmigung mag vielleicht rechtlich korrekt sein, aber es ist auf jeden Fall nicht demokratisch, wenn der Schutz des Stadtbildes nur dem Bürger als Pflicht auferlegt wird, nicht jedoch der Stadt selber.

Alternativen:

Die Stadthalle mit entsprechender technischer Verbesserung kann wie bisher als Tagungs- und Kulturort genutzt werden. Es gibt verschiedene Möglichkeiten zu bauen, die nicht zu Lasten der Identität der Stadt gehen: beispielsweise Neubau eines modernen Kongresszentrums am Bahnhof oder in der Bahnstadt mit hervorragenden Verkehrsanbindungen. Dort passt moderne Architektur hin, ohne Altes und Gewachsenes zu zerstören. Da muss nicht gegen den Widerstand der Bürger gebaut werden.

Die auf dieser Seite der Stadtblatt Sonderbeilage zum Bürgerentscheid Erweiterung der Stadthalle veröffentlichten Beiträge stellen die Meinung der Bürgerinitiative »BIEST« dar.



Arbeitsplätze:

Mit einem Kongresszentrum am Bahnhof oder in der Bahnstadt entstehen mehr Arbeitsplätze als am Standort Stadthalle, denn es gibt dort auch genug Platz für ein Kongresshotel. Und wichtig: Dort kann später das Kongresszentrum erweitert werden, im Gegensatz zum Standort Stadthalle.

- Falscher Standort
- Identität unserer schönen Stadt
- Alternativen
- Arbeitsplätze
- Finanzen
- Verkehrschaos
- Stadthalle als Haus der Bürger und der Kultur

Finanzen:

Es wurden bisher keine verbindlichen Zahlen für die gesamte Maßnahme im Haushalt beschlossen. Die vom OB angekündigten Kosten sind nicht einmal eine seriöse Schätzung, denn es fehlen die Kosten für die komplexe neue Tiefgarage unter dem Anbau, für die Verlegung einer Straße, den Abriss des Wohngebäudes und Kosten für Ersatzwohnraum sowie die Innenausstattung des Kongresszentrums. So viele offene Finanzfragen, das ist einfach unserios in Zeiten der Finanzkrise.

Verkehrschaos:

Neben den Finanzen ist auch die Verkehrsfrage nicht gelöst. Das neue Kongresszentrum wird zu einem erheblichen Anstieg des Anliefer- und Teilnehmerverkehrs führen. Es werden Sattelschlepper und Dutzende von Kleinlastern und Hunderte von Teilnehmern das Kongresszentrum

anfahren. Wie wird der tägliche Rückstau auf den Neckarstaden vermieden? Die Ein- und Ausfahrten der neuen Tiefgarage neben dem St. Vincentius Krankenhaus werden den bisherigen Jubiläumplatz verunstalten.

Stadthalle als Haus der Bürger und der Kultur:

Die Stadthalle muss vor allem wieder werden, was sie früher war: Haus der Bürger und Kultur. Heidelberg ist die Stadt der Festivals und der Kultur. Fast jeden Abend gibt es eine gute Auswahl, aber was davon findet noch in der Stadthalle statt? Wir wollen eine Stadthalle, die offen ist für kulturelle und wissenschaftliche Veranstaltungen, für Vereine und Schulen. Dazu bedarf es keines Anbaus.

Wir stimmen am 25. Juli mit NEIN zum Stadthallenanbau. Aus Liebe zu unserer Stadt.

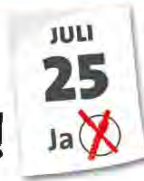
V.i.S.d.P:
Heidi und Dr. Jochen Goetze
Untere Neckarstraße 62
69117 Heidelberg
www.biest-hd.de



Nächste Veranstaltungen:

- Dienstag, 13. Juli, 19.00 Uhr im DAI: Podiumsdiskussion »Stadthalle im Chaos«
- Donnerstag, 15. Juli 20.00 Uhr Stadthalle, Kammermusiksaal: Benefizkonzert mit Martin Münch zugunsten BIEST! und Bündnis Stadthallenanbau NEIN
- Dienstag, 20. Juli, 19.00 Uhr im DAI: Podiumsdiskussion »Bauen am richtigen Standort«

Heidelbergs Zukunft braucht die neue Stadthalle!



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Heidelbergs Zukunft und die nächsten Generationen brauchen die neue Stadt-

halle! Gehen Sie am 25. Juli zur Wahl und stimmen Sie mit JA!

Heidelberg als zentral gelegene historische Stadt ist als internationaler Kongressstandort sehr gefragt. Die ausgezeichnete Universität und die vielen hiesigen bekannten Forschungseinrichtungen schaffen ein Umfeld, das Forscher und Experten aus der ganzen Welt anzieht. Sie treffen sich gerne in der historischen Stadthalle, da sie die einzigartige Atmosphäre des denkmalgeschützten Hauses am Wasser sehr schätzen. In diesem Umfeld können sie sich austauschen und nach dem Kongress die Stadt mit ihren Sehenswürdigkeiten und kulturellen Highlights genießen. Prof. Dr. Jochen Tröger, ehemaliger Prorektor der Universität bestätigt: »Die Gäste können zu Fuß vom Hotel zum Kongress gehen und dabei die Stadt auf dem Weg zufällig erleben. Das Kongresshaus ist ein wunderschönes Haus in einer wundervollen Umgebung«.

Allerdings entspricht das vor über 100 Jahren gebaute Haus nicht mehr den heutigen Anforderungen. Gerade wissenschaftliche Kongresse brauchen für Posterausstellungen Flächen und für die Kongressteilnehmer genügend Workshop-Räume.

Blicken wir in die Nachbarstadt Mannheim, sehen wir, wie Betreiber alter Häuser sich den Bedürfnissen der Kongress- und Kulturlandschaft respektvoll anpassen und wie historische Substanz durchaus elegant und passend erweitert werden kann.

Auch Thomas Jung, der auf 13 Jahre Erfahrung als Leiter der Stadthalle zurückblickt, sieht große Chancen in der Erweiterung. Von dieser profitieren aber nicht nur die Gäste, sondern auch die Bürger: Neben noch mehr hochrangigen Kulturveranstaltungen wie Heidelberger Frühling, Enjoy Jazz, Sinfoniekonzerten, können Bürger auch zukünftig mit den Experten in Kontakt treten z.B. bei der Biologischen Krebsabwehr, der Veranstaltung »Mentales Stärken«, Vorträgen aus der Kernphysik oder bei Publikums-messen wie der bekannten TREND und der Hochzeitsmesse.

Ebenso sieht Thorsten Schmidt, Intendant des renommierten »Heidelberger Frühling«, das Potenzial der Stadthalle: »Für den Heidelberger Frühling ist die Stadthalle ein Glücksfall. Mit der Erweiterung und Sanierung des Hauses entsteht für die Künstler ein einmaliger Ort.«

Lassen Sie uns nicht stehen bleiben und stattdessen unsere Stadt mit Augenmaß entwickeln: Mit der Erweiterung der Stadthalle als wertvoller Bestandteil und Zeugnis heutiger Baugeschichte, behutsam eingebettet in unsere Altstadt.

Heidelberg braucht die neue Stadthalle. Für die Wissenschaft, für Wirtschaft und Arbeitsplätze, für Internationalität, für mehr Kongresse und für mehr Kultur. Für die Zukunft der kommenden Generationen.

Ich bitte Sie: Gehen Sie zum Bürgerentscheid. Stimmen Sie mit JA!

Mit freundlichen Grüßen

Ihre
Vera Cornelius
Geschäftsführerin der Heidelberg
Marketing GmbH



»Viele meiner Mitarbeiter kennen, wie ich, die Anforderungen der Kunden aus dem Kultur-, Kongress- und Gesellschaftsbe-

reich seit vielen Jahren. Wir verspüren in den letzten Jahren den starken Konkurrenzdruck und haben regional und bundesweit Tagungs- und Kongressgeschäft an Mitbewerber verloren. Das Ambiente und der Service unseres Hauses werden von vielen Kunden zwar geschätzt, dennoch haben wir insbesondere aufgrund der Defizite im Raumangebot starke Rückgänge zu verzeichnen. Es ist unbedingt notwendig, diese Defizite zu beseitigen, um verlorene Veranstaltungen wieder zurück zu gewinnen und neue Märkte zu erschließen. Wirtschaftlich betrachtet ist ein Neubau am Bahnhof keine sinnvolle Lösung, da die Kosten für einen Neubau und die Betreibung beider – sehr wahrscheinlich konkurrierender Häuser – eine unverhältnismäßig hohe, nicht zu finanzierende Belastung wären. Wir haben eine sehr enge Beziehung zu diesem Haus und hoffen nun nach 20 Jahren Diskussion, dass die Stadthalle endlich so würdevoll saniert und erweitert wird, wie es dieses wunderschöne Gebäude verdient hat.«

Thomas Jung, Leiter der Stadthalle



Heidelberg ist eine Stadt der Wissenschaft. Auch für unsere historischen Sehenswürdigkeiten und Kulturveranstaltungen sind wir weltbekannt. Beides trifft in der Stadthalle aufeinander, wo Forscher sich bei Fachkongressen austauschen – vor der atemberaubenden Kulisse unserer Altstadt, die Menschen aus Heidelberg und von überall begeistert. Inmitten des geschichtsträchtigen Gebäude-Ensembles am Neckarufer entwickeln wir nun behutsam die Zukunft unserer Stadt. Mit großem Respekt vor dem historischen Erbe, als Basis

für die Entwicklungsfähigkeit der nächsten Generation. Heidelbergs Zukunft braucht die neue Stadthalle!

Das sind die Fakten

Wissenschaft Eine Stadt der Wissenschaft wie Heidelberg braucht professionelle Kongress- und Tagungsmöglichkeiten, die von Veranstaltern und Besuchern aus aller Welt akzeptiert werden. Und nur mit dem Standort am Neckar werden die Heidelberg-Erwartungen unserer Gäste erfüllt.

Kultur Ohne Kongressgeschäft ist die Stadthalle weder zu sanieren noch kann das Kulturangebot finanziell aufrecht erhalten werden. In der neuen Stadthalle sind nicht nur kulturelle und Kongressveranstaltungen gleichzeitig möglich, vielmehr können diese auch eine Symbiose eingehen und voneinander profitieren.

Standort Darüber hinaus spart das bereits existierende Kongresshaus Stadthalle Heidelberg gegenüber einem Neubau mehrere zehn Millionen Euro, denn die historische Stadthalle deckt fast die Hälfte der notwendigen Flächen und der Infrastruktur ab. Und: Die Stadthalle liegt zentral. »Ganz Heidelberg« ist zu Fuß zu erreichen.

Bürger In der Stadthalle gibt es nicht nur Fachkongresse. Viele Tagungen und Messen richten sich auch an interessierte Heidelberger, zum Beispiel Veranstaltungen wie »Biologische Krebsabwehr«, »Mentales Stärken«, die Messe »TREND« oder auch die Heidelberger Mineralientage. Dazu kommen zahlreiche kulturelle Highlights wie beispielsweise der »Heidelberger Frühling«, Konzerte des Philharmonischen Orchesters der Stadt Heidelberg oder auch die Operngala.

Altstadt Von der neuen Stadthalle profitieren sowohl die mittelständische Wirtschaft als auch die Bewohner der Altstadt. Kongress- und Tagungsgäste verweilen länger, haben Kontakt mit der Heidelberger Bevölkerung und geben mehr Geld aus (fast 250 Euro pro Tag, ein Tagestourist nur 28 Euro).

Lebensqualität Für die direkten Nachbarn bringt die neue Stadthalle ein Mehr an Lebensqualität: Der Straßenverkehr wird neu geordnet und kann dadurch besser fließen. Die Situation der Mieter von sozialem Wohnraum bei der Stadthalle wird verbessert.

Die auf dieser Seite der Stadtblatt Sonderbeilage zum Bürgerentscheid Erweiterung der Stadthalle veröffentlichten Beiträge stellen die Meinung von Heidelberg Marketing dar.

Rund um die Abstimmung

Wahlberechtigte

Wahlen können am Sonntag, 25. Juli 2010, alle Heidelberger Bürgerinnen und Bürger, die nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Bürgerin oder Bürger ist, wer Deutsche oder Deutscher im Sinne des Artikel 116 des Grundgesetzes ist oder die Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedstaates der EU besitzt, das 18. Lebensjahr vollendet hat und am Wahltag seit mindestens drei Monaten mit Hauptwohnung in der Stadt Heidelberg gemeldet ist.

Wer das Bürgerrecht in Heidelberg durch Wegzug oder Verlegung der Hauptwohnung verloren hat und vor Ablauf von drei Jahren seit dieser Veränderung wieder zuzieht oder die Hauptwohnung begründet, ist mit der Rückkehr Bürger; allerdings muss das Bürgerrecht bereits vor Wegzug beziehungsweise Verlegung der Hauptwohnung bestanden haben. Weitere Voraussetzung ist, dass kein Ausschluss vom Wahlrecht besteht (durch Richterspruch oder durch Bestellung eines Betreuers für die Besorgung aller Angelegenheiten nicht nur durch einstweilige Anordnung).



Wählerverzeichnis

Formale Voraussetzung zur Ausübung des Wahlrechts ist grundsätzlich die Eintragung in das Wählerverzeichnis. Die Grundlage bei der Erstellung des Wählerverzeichnisses bildet das Melderegister der Stadt Heidelberg.

Durch Rückkehr Wahlberechtigte, die am Wahltag noch nicht mindestens drei Monate in der Gemeinde wohnen oder ihre Hauptwohnung begründet haben, können sich zur Klärung ihres Wahlrechts und zur Antragstellung rechtzeitig vor der Wahl direkt an die Wahl dienststelle unter der Telefonnummer 06221 58-13550 wenden.



Wahlbenachrichtigung

Die Wahlberechtigten haben bis zum 4. Juli 2010 eine Wahlbenachrichtigungskarte erhalten. Das Stadtgebiet Heidelberg ist statt der bei anderen Wahlen üblichen 94 Urnenwahlbezirke in 59 Wahlbezirke eingeteilt. Die Wahlgebäude ändern sich dadurch nicht, einige Bürger/-innen müssen lediglich in andere Wahlräume. Lediglich die Wahllokale in der Steinbachhalle und des Englischen Instituts sind am 25. Juli in der Steinbachschule beziehungsweise im Markushaus zu finden. Auf der Wahlbenachrichtigungskarte ist vermerkt, in welchem Wahlbezirk und welchem Wahlraum jeder Wahlberechtigte seine Stimme abgeben kann. Die Wahlbenachrichtigungskarte sollte zusammen mit dem Personalausweis/Reisepass zur Stimmabgabe mitgebracht werden. Auf der Rückseite der Wahlbenachrichtigungskarte ist ein Briefwahlantrag abgedruckt.

Wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger können grundsätzlich nur im Wahlraum des Wahlbezirks wählen, in dessen Wählerverzeichnis sie eingetragen sind. Wahlberechtigte, die sich nach dem 14. Juni 2010 für eine Wohnung in einem anderen Wahlbezirk der Stadt angemeldet haben, bleiben weiterhin im Wählerverzeichnis ihres alten Wohnbezirks eingetragen, das heißt, sie können zunächst nur dort unter Vorlage ihrer Wahlbenachrichtigung oder eines Personalausweises/Passes wählen. Wer in einem anderen Wahlraum wählen will, benötigt dazu einen Wahlschein. Mit einem Wahlschein kann in einem beliebigen Wahlraum der Stadt oder durch Briefwahl gewählt werden.

Briefwahl

Wer am Sonntag, 25. Juli, nicht in seinem Wahllokal wählen möchte, hat – wie bei allen Wahlen üblich – die Möglichkeit, einen Wahlschein beziehungsweise Briefwahlunterlagen zu beantragen. Ein Wahlschein berechtigt zur Stimmabgabe in jedem beliebigen Wahllokal der Stadt Heidelberg. Diese Unterlagen können persönlich oder schriftlich in jedem Bürgeramt während der üblichen Öffnungszeiten beantragt und auch gleich mitgenommen werden. In jedem Bürgeramt kann dann auch gleich gewählt werden. Briefwahlunterlagen können auch im Internet beantragt werden unter www.heidelberg.de/wahlen.

Hierzu benötigen Sie Ihre Wahlbenachrichtigungskarte. Der Antrag muss bis spätestens Freitag, 23. Juli 2010, um 18 Uhr bei der Wahl dienststelle vorliegen. Wer für einen anderen einen Antrag stellt oder die Unterlagen in Empfang nehmen will, muss jeweils schriftlich dafür bevollmächtigt sein.

Damit die Stimmabgabe rechtzeitig vor dem Bürgerentscheid der Wahl dienststelle vorliegt, muss bei Wahlbriefen, die mit der Post an die Stadt Heidelberg befördert werden, der Wähler/die Wählerin den Wahlbrief spätestens am Donnerstag vor dem Bürgerentscheid in einen Postbriefkasten einwerfen, der noch am selben Tag geleert wird.

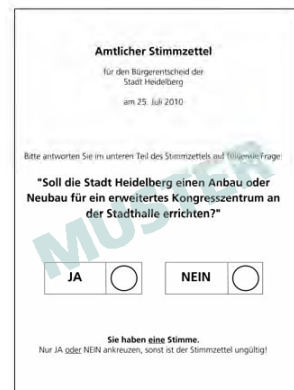
Wahlinformation für Menschen mit Behinderung

Auch für den Bürgerentscheid sind für Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigungen zahlreiche Heidelberger Wahlräume ohne besondere Erschwernisse und ohne fremde Hilfe zugänglich. Bürger/-innen, die in einem solchen Wahlraum wählen möchten, ohne dort wahlberechtigt zu sein, müssen allerdings einen Wahlschein beim Bürgeramt beantragen.

Mit dem Wahlschein können sie dann in jedem beliebigen Wahllokal wählen. Selbstverständlich besteht auch die Möglichkeit, durch Briefwahl zu wählen.

Bürgerentscheid Was ist das eigentlich?

Bürgerentscheide sind Instrumente der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene. In Baden-Württemberg regelt Paragraph 21 der Gemeindeordnung den Umgang mit Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden. Danach kann ein Bürgerentscheid entweder vom Gemeinderat mit zwei Dritteln der Stimmen beschlossen oder von den Bürgern beantragt werden (in dem zuletzt genannten Fall spricht man von einem »Bürgerbegehren«). Ein Bürgerentscheid ist unabhängig davon, ob er vom Gemeinderat beschlossen oder von den Bürgern über ein Bürgerbegehren beantragt worden ist, nicht zu allen Fragen möglich. Insbesondere sind Abstimmungen in Form eines Bürgerentscheides zum Beispiel über Weisungsaufgaben und Angelegenheiten des Oberbürgermeisters, Fragen der inneren Organisation der Gemeindeverwaltung, über die Haushaltssatzung, über Tarife und Entgelte, über Bebauungspläne, Flächennutzungspläne und örtliche Bauvorschriften oder über Entscheidungen in Rechtsmittelverfahren ausgeschlossen (Paragraph 21 Absatz 2 Gemeindeordnung Baden-Württemberg). Bei einem Bürgerentscheid handelt es sich rechtlich gesehen nicht um eine Wahl, sondern um eine Abstimmung. Zum besseren Verständnis werden jedoch der vertraute Begriff »Wahl« und die davon abgeleiteten Begriffe verwendet.



Impressum

Herausgeber: Stadt Heidelberg
Amt für Öffentlichkeitsarbeit
Marktplatz 10, 69117 Heidelberg

Redaktion: Diana Scharl,
Christiane Calis, Dr. Bert-Olaf Rieck,
Eberhard Neudert-Becker

Fotos und Grafiken: Philipp Rothe,
Karl & Probst

Gestaltung: Andrea Reuter

Druck: Rhein-Neckar-Zeitung GmbH

Die Abstimmung zum Bürgerentscheid findet am Sonntag, 25. Juli 2010, statt.
Die Wahllokale sind von 8 bis 18 Uhr geöffnet.

Das Abstimmungsergebnis wird ab 18 Uhr im Neuen Sitzungssaal des Rathauses, Marktplatz 10, präsentiert.

ERWEITERUNG DER STADTHALLE HEIDELBERG

Die Wissenschaft braucht die neue Stadthalle

Ein eindeutiges Bekenntnis für die Erweiterung der Stadthalle zu einem modernen, attraktiven Kongress- und Kulturzentrum formulierten am 12. Juli die Spitzen aus Universität, Klinikum und Heidelberger Forschungseinrichtungen. Bei der städtischen Informationsveranstaltung im Hörsaal 13 der Neuen Universität ließen der Rektor der Universität Prof. Dr. Bernhard Eitel, der Vorstandsvorsitzende und wissenschaftliche Vorstand des DKFZ Prof. Dr. Otmar Wiestler, der Vizedirektor des EMBL Heidelberg Prof. Dr. Matthias Hentze und das Vorstandsmitglied des Universitätsklinikums Prof. Dr. Claus R. Bartram keinen Zweifel daran: Die Wissenschaft braucht die neue Stadthalle.

Jeder zweite Arbeitsplatz in Heidelberg ist im Bereich Wissenschaft. Jede dritte Veranstaltung hat einen wissenschaftlichen Bezug, 26 Prozent der Teilnehmer kommen aus dem Ausland. Mehr als 105 Millionen Euro beträgt der Gesamtnettoumsatz des Heidelberger Kongressmarktes. Fakten, die OB Dr. Würzner in seinem Einstiegsvortrag nannte. Bereits das Tourismusleitbild aus dem Jahr 1993 habe als Ziel definiert: weniger Tagesgäste, mehr Tagungs-



Klare Ansage für Heidelbergs Zukunft: Bei der städtischen Informationsveranstaltung mit etwa 150 Teilnehmern spricht sich Heidelbergs Wissenschaft geschlossen für die Stadthallen-Erweiterung aus.

gäste nach Heidelberg zu holen, die länger bleiben und deutlich mehr Umsatz bedeuten. Weil geeignete Veranstaltungsräume fehlen, habe man in den letzten Jahren leider einen Rückgang von 40 Prozent im Kongressgeschäft verzeichnen müssen. »Als Stadt der Wissenschaft kann Heidelberg nur bestehen, wenn künftig eine erstklassige Infrastruktur für Tagungen vorhanden ist, und die wird es in der neuen Stadthalle geben«, so der OB.

»Kann denn die neue Stadthalle wirklich dazu beitragen, Heidelbergs Ruf als Stadt der Wissenschaft zu

festigen?« fragte Moderator Michael Hierholzer und erhielt von Rektor Prof. Dr. Eitel ein klares Ja als Antwort: »Universität und Stadt leben in Heidelberg in einer einzigartigen Symbiose. Die Stadthalle repräsentiert genau das, was dieses Image ausmacht und bietet die einmalige Chance, verlorenes Terrain zurückzuerobern.«

Für DKFZ-Vorstand Otmar Wiestler hat die Stadthallen-Erweiterung auch deshalb großes Potenzial, weil sie die Verbindung von Kongressen und Kultur ermöglicht. Prof. Dr. Matthias Hentze vom EMBL sieht einen fan-

tastischen Standort-Vorteil darin, Wissenschaftskongresse »direkt vor der Haustür« zu veranstalten und die Schönheit Heidelbergs mit den Gästen zu teilen. Kämpferischer gab sich Prof. Dr. Claus Bartram: »Wir als Wissenschaftler, die in der Top-Liga mitspielen wollen, brauchen adäquate Tagungsmöglichkeiten. Wir müssen jetzt zu Potte kommen, nicht später«, mahnte er. Bei allen Vorteilen sei die Stadthallen-Erweiterung zusätzlich die bei Weitem kostengünstigste Variante. »Diejenigen, die einen anderen Standort wollen, sollen bitte ein Finanzierungskonzept vorlegen«, so Bartram.

Vier gute Gründe für die Erweiterung der Stadthalle

Der Standort ...

im Herzen der Altstadt ist ein einzigartiger Wettbewerbsvorteil im internationalen Kongressgeschäft. Kongressveranstalter wie Teilnehmer wollen nicht an austauschbare Orte, sondern an Standorte mit Profil und Charme. Alle Sehenswürdigkeiten Heidelbergs sowie Gastronomie und Einzelhandel sind von der Stadthalle aus zu Fuß zu erreichen – eine sehr einladende Situation für ein verlängertes Kongresswochenende mit Partner/in oder Familie.

Die Kosten ...

sind etwa um die Hälfte niedriger als ein kompletter Neubau an einem anderen Standort. Konkret: 26 Millionen Euro würden der Erweiterungsbau und die Tiefgarage kosten. Für einen Neubau am Bahnhof müssten mehr als 50 Millionen Euro kalkuliert werden. Die Finanzierung des Erweiterungsbaus ist im Haushalt bereits eingeplant, die Gelder stehen bereit.

Die Altstadt ...

hätte viele Vorteile von der Stadthallen-Erweiterung. Bereits im Tourismusleitbild von 1993 wird eine Förderung des Kongresstourismus empfohlen. Denn Kongressgäste sind eine angenehme und attraktive Zielgruppe, sie bleiben länger und geben fast das Zehnfache des Geldes aus, das ein Tagestourist in der Stadt lässt (250 Euro gegenüber 28 Euro). Gastronomie, Einzelhandel und Handwerk werden profitieren. Arbeitsplätze können gesichert und neu geschaffen werden.

Die Kultur ...

braucht den Erweiterungsbau, um die historische Stadthalle als Veranstaltungsort zu erhalten. Ohne das wirtschaftlich interessante Kongressgeschäft kann die Stadthalle nicht saniert werden. Das Aus als Veranstaltungsort für große Festivals wie den Heidelberger Frühling oder für interessante Konzerte wäre vorprogrammiert. Mit der Stadthallen-Erweiterung könnten Kongresse und Kulturveranstaltungen gleichzeitig stattfinden.

»Geradezu lebenswichtiges Projekt für Heidelberg« – Stimmen zur Stadthallen-Erweiterung

Prof. Dr. Bernhard Eikel,
Rektor der Universität Heidelberg

»Der Erfolg der Universität Heidelberg ist natürlich in erster Linie von den Leistungen in Forschung und Lehre abhängig. Das attraktive Umfeld spielt aber für eine Universität wie unsere, die international in der Spitze steht, eine zunehmend wichtige Rolle. Die Stadthallen-Erweiterung schafft die dringend benötigten Möglichkeiten, künftig wieder große wissenschaftliche Kongresse und Tagungen nach Heidelberg zu holen. Die Lage der Stadthalle im Herzen der Altstadt bietet genau das besondere Flair, das uns von anderen unterscheidet: wenn es darum geht, internationale Top-Wissenschaftler nach Heidelberg zu holen. Den Gewinn haben alle am Wissenschaftsstandort Heidelberg.«

Dr. h. c. Manfred Lautenschläger,
stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der MLP AG, Ehrensenator und Ehrendoktor der Universität Heidelberg

»Die Erweiterung der Stadthalle ist ein wichtiges, zukunftsweisendes, geradezu lebenswichtiges Projekt für unsere Stadt, Heidelberg – bekannt in der ganzen Welt – und die Universität – die älteste Deutschlands und eine der renommiertesten in Europa – stellen für Tagungen eine ideale Symbiose dar. Die Stadthalle in der jetzigen Form genügt in keiner Weise den Anforderungen an eine moderne Tagungsstätte. Viele Tausend Tagungsteilnehmer mehr wären – als Nebeneffekt – für Heidelbergs Einzelhandel, Hotels und Gaststätten ein wahrer Segen.«

Bernhard Schreier,
Vorstandsvorsitzender der Heidelberger Druckmaschinen AG und Ehrensenator der Universität Heidelberg

»Grundsätzlich würde ein neues Kongresszentrum die Attraktivität und Popularität der Stadt Heidelberg als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort deutlich erhöhen. Die Heidelberger Druckmaschinen AG befürwortet daher ausdrücklich dieses Vorhaben.«

Prof. Dr. Claus R. Bartram,
Mitglied des Vorstands des Universitätsklinikums, Dekan der Medizinischen Fakultät, Direktor des Instituts für Humangenetik

»Wissenschaft lebt vom Gedankenaustausch. Für die großen internationalen Kongresse der Biomedizin ist eine Ausweitung der Veranstaltungskapazitäten seit Jahren überfällig. Deshalb unterstütze ich nachdrücklich die Pläne zur Stadthallenerweiterung.«

Professor Omar D. Wriester,
Vorstandsvorsitzender des DKFZ

»Für die Wissenschaftler eines internationalen Forschungszentrums wie dem Deutschen Krebsforschungszentrum ist es von außergewöhnlicher Bedeutung, sich mit Fachkollegen auf großen internationalen Kongressen auszutauschen. Bislang war es ein großer Standortmangel für uns, dass solche Kongresse aufgrund der begrenzten Kapazität der vorhandenen Einrichtungen nicht in Heidelberg stattfinden konnten. Alle Veranstaltungen mit mehr als 1.000 Teilnehmern müssen derzeit nach Mannheim bzw. in andere Städte ausgelagert werden. Wir als Zentrum – und ich darf hier auch für die Wissenschaftlergemeinde des gesamten Neuenheimer Felds sprechen – würden es daher außerordentlich begrüßen, hier endlich Abhilfe zu schaffen durch einen Erweiterungsbau der Stadthalle. Man wird international wesentlich intensiver wahrgenommen, wenn man seine Fachkollegen auch einmal an seinem eigenen Standort begrüßen kann. Und ich bin davon überzeugt, dass der Besuch international renommierter Vortrags- von Medizin und Naturwissenschaften dem Ruf Heidelbergs als renommiertem Wissenschaftsstandort und dem Ansehen der Stadt insgesamt erheblich nutzen würde.«

Prof. Dr. Matthias Heintze,
Vizeordinator des EMBL Heidelberg

»Heidelberg ist bereits ein weltweit sichtbares Zentrum für die Forschung in den Lebenswissenschaften. Forscher aus aller Welt kommen nach Heidelberg, um hier zu arbeiten. Viele möchten auch ihre wissenschaftlichen Kongresse hier abhalten, aber gegenwärtig fehlt es an ausreichender Infrastruktur. Ohne die Erweiterung der Stadthalle versähen Heidelberg eine wichtige Chance, im Zukunftsgeber-Lebenswissenschaften seine Stellung auszubauen.«

Johannes Heil,
Erster Prorektor und Leiter der Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg

»Als die heutige Stadthalle gebaut wurde, war sie auch umstritten. Die Dinge gleichen sich mit hundert Jahren Abstand. Wissenschaftlicher Austausch braucht einen zeitgemäßen Standort. Und Heidelberg braucht ihn in seiner Mitte, am Neckar, in der Altstadt – Heidelberg und Wissenschaft sind aufeinander angewiesen – seit 625 Jahren. Das hat die Stadt vorangebracht. Mich überzeugen die Planungen für die Erweiterung der Stadthalle.«

Dr. Eckart Würzner,
Oberbürgermeister

»Mit der Erweiterung der Stadthalle wird Heidelberg ein modernes und attraktives Kongress- und Kulturzentrum erhalten. Wie kaum eine andere Stadt fehlt Heidelberg von Wissenschaft und Forschung, von Medizin und Biotechnologie, von Branchen also, für die der wissenschaftliche Austausch gerade auf internationaler Ebene enorm wichtig ist. Dank unserer hervorragenden internationalen Auskommen die Gäste aus aller Welt gerne nach Heidelberg – ein klarer Pluspunkt für die Stadthalle, gerade im Vergleich zu anderen Kongress-Standorten. Mit der neuen Stadthalle kann Heidelberg also sein Profil als Stadt der Wissenschaft weiter schärfen.«

Mehr Leichtigkeit und Grün

Mit großer Mehrheit hat sich der Heidelberger Gemeinderat im März 2010 für den Entwurf des Architekturbüros Kat & Probst ausgesprochen. Zwischenzeitlich wurde der Entwurf auf der Grundlage von Bürger-Anregungen überarbeitet. Er präsentiert sich jetzt mit mehr Leichtigkeit, einer ansprechenderen Fassade und einem grünen Umfeld.

Blick auf die neue Stadthalle



Ausstellung im Rathausfoyer

Der neue Entwurf zur Stadthallenerweiterung kann in einer Ausstellung im Rathausfoyer besichtigt werden. Bis zum Bürgerentscheid am 25. Juli stellt das Stadtparlament jeden Dienstag um 18 Uhr für Erläuterungen zur Verfügung.

Geme können auch individuelle Führungen vereinbart werden: stadtplanung@heidelberg.de oder 55233000.

Zukunft aus Tradition: Wissenschaftsstadt Heidelberg



Geballte Wissenschafts-Kompetenz: Blick auf das Neuenheimer Feld

Foto: Medienzentrum, Universitätsklinikum, Medizinische Fakultät Heidelberg

Heidelberg und die Wissenschaft: eine faszinierende und höchst inspirierende Partnerschaft. Richtung Zukunft seit 1386, dem Gründungsjahr der Ruprechts-Karls-Universität, der ältesten Universität Deutschlands.

Heidberg's wissenschaftliche Kompetenz, die Melange zwischen Tradition und Innovation, ist einzigartig in der ganzen Welt. Herzstück ist die Universität Heidelberg, die seit 2007 zu den wenigen Exzellenz-Universitäten Deutschlands gehört. In einem internationalen Ranking der Universitäten belegt sie Platz 1 in Deutschland, Platz 16 in Europa und Platz 57 weltweit. Zehn Nobelpreisträger sind aus ihr hervorgegangen: Philipp Lenard (1905, Physik), Albrecht Kossel (1910, Medizin), Otto Meyerhof (1922, Medizin), Richard Kuhn (1938, Chemie), Walter Bothe (1954, Physik), Karl Ziegler (1963, Chemie), Hans Jensen (1963, Physik), Georg Wittig (1979, Chemie), Bert Sakmann (1991, Medizin) und Harald zur Hausen (2008, Medizin).

Sieben Hochschulen haben außerdem ihren Sitz in Heidelberg: die Hochschule für Jüdische Studien, die Fachhochschule Heidelberg (SRH), die Pädagogische Hochschule, die Pepperdine University, die Schiller International University, die Troy University und die University of Maryland.

Innovative Forschung made in Heidelberg

Wegweisend für innovative Forschung made in Heidelberg sind neben der Universität das European Molecular Biology Laboratory (EMBL), das Deutsche Krebsforschungszentrum (DKFZ), vier Max-Planck-Institute, das Nationale Centrum für Tumorerkrankungen (NCT) und das Heidelberger Ionenstrahl-Therapiezentrum (HIT).

Das Universitätsklinikum mit 17 Kliniken begründet Heidelberg's herausragenden Ruf als Mekka der Medizin. Und ist stetig dabei, neue Akzente zu setzen, auch baulich: 2009 wurde die neue Kinderklinik eingeweiht, zurzeit entsteht der Neubau der Universitäts-Frauenklinik.

Der Vernetzung von Forschung und Wirtschaft quer durch alle Fachgebiete hat sich der Technologiepark Heidelberg, ein Unternehmen der Stadt Heidelberg, verschrieben. Mehr als 80 Firmen und Institute mit über 1.300 Beschäftigten forschen und entwickeln auf höchstem innovativen Niveau. Erst vor wenigen Tagen erfolgte der Spatenstich für einen Neubau des Unternehmens Octapharma, dem weltweit führenden Hersteller von Blutplasmaerzeugnissen.

Geschichte schreiben und Zukunft definieren wird auch der Wissenschafts-Campus in Heidelberg's neuem Stadtteil Bahnstadt. Zurzeit entsteht dort das erste Gebäude für Wissenschaftler, finanziert durch die Max-Jarecki-Foundation.

Starker Wirtschaftsfaktor: Wissenschaft in Zahlen

Universität Heidelberg mit Universitätsklinikum

Finanzen (2009)

Gesamteinnahmen	603,8 Mio. €
Landeszuschüsse	345,5 Mio. €
Drittmittel (Einnahmen)	187,1 Mio. €
Studiengebühren-Einnahmen	13,0 Mio. €
Sonstige Einnahmen	58,1 Mio. €

Personal (2009)

Mitarbeiter/-innen	12.399
davon:	
Professorinnen und Professoren	411
Wissenschaftlicher/-innen	4.824

DKFZ

Finanzen (2009)

Gesamtbudget 2009	175,4 Mio. €
Zuwendung vom Bund und vom Land Baden-Württemberg (71%)	124,5 Mio. €
Projektförderungen (18,8%)	33 Mio. €
eigene Einnahmen (10,2%)	17,9 Mio. €

Personal (2009)

Mitarbeiter/-innen	2.258
davon:	
Wissenschaftler/-innen (44,3%)	1.046
Gastwissenschaftler/-innen	148
aus 45 Nationen	

EMBL

Finanzen

Gesamtbudget 2009	100 Mio. €
-------------------	------------

Personal

Mitarbeiter/-innen	1.000
--------------------	-------

Alle Informationen, Grafiken, Fotostrecken und einen Film rund um die neue Stadthalle unter www.heidelberg.de/stadthalle.

BÜRGERENTSCHEID AM 25. JULI 2010

In einem Bürgerentscheid am 25. Juli 2010 werden die Bürgerinnen und Bürger über die Frage abstimmen: »Soll die Stadt Heidelberg einen Anbau oder Neubau für ein erweitertes Kongresszentrum an der Stadthalle errichten?«

Für den mittlerweile überarbeiteten Siegerentwurf der Stadthallen Erweiterung hatte sich der Gemeinderat am 11. März 2010 mit großer Mehrheit ausgesprochen. Aufgrund eines Bürgerbegehrens, das von rund 18.000 Bürgerinnen und Bürgern unterzeichnet wurde, stimmte der Gemeinderat für die Durchführung eines Bürgerentscheids.

IMPRESSUM

Herausgeber: Stadt Heidelberg
 Amt für Öffentlichkeitsarbeit
 Marktplatz 10, 69117 Heidelberg
Redaktion: Heike Dießelberg, Jürgen Kuch
Fotos und Grafiken: Philipp Rothe, Karl & Probst
Gestaltung: Andrea Reuter
Druck: Rhein Neckar Zeitung GmbH

Stadtblatt-Sonderbeilage

21. Juli 2010

Informationen zum Bürgerentscheid zur Stadthallen-Erweiterung

Mit Stellungnahmen der Gemeinderäte

Am 25. Juli entscheiden die Bürgerinnen und Bürger

Die Heidelberger Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, bei einem Bürgerentscheid am 25. Juli 2010 über die Zukunft der Stadthalle abzustimmen. Es geht um die Beantwortung der Frage: »Soll die Stadt Heidelberg einen Anbau oder Neubau für ein erweitertes Kongresszentrum an der Stadthalle errichten?«

Schon Jahrzehnte währt die Diskussion in Heidelberg über ein modernes Kongresszentrum. Bereits 1989 attestierte ein Gutachten der Kultur-Congressbau-Consult der Heidelberger Stadthalle »Defizite im Bereich der Tagungsorganisation« und »räumliche Probleme bei Veranstaltungen und Kongressen«. Seitdem wurde nach Lösungen für ein Kongresszentrum gesucht, das insbesondere hinsichtlich des Raumkonzepts den heutigen Anforderungen entspricht. Mehrere Ausschreibungen, unter anderem auch für den Standort Bahnhof, folgten – leider ergebnislos. Entweder sprangen Investoren ab oder waren nur bereit zu investieren, wenn die Stadt Zuschüsse garantierte.

Stadthalle als neuer Konferenzstandort

2008 entschied sich der Gemeinderat für ein modernes Konferenzzentrum am Standort Stadthalle. Diese sollte umfassend saniert und durch einen Erweiterungsbau ergänzt werden. Bei dem anschließenden Architekturwettbewerb ging das Münchner Architekturbüro Karl & Probst als Sieger hervor, das in seinen Plänen einen langgestreckten und schlanken Baukörper im Anschluss an die historische Stadthalle vorsieht. »Die Stärke dieser Arbeit liegt in ihrer Klarheit und Verständlichkeit«, würdigt die international



Am 25. Juli wird entschieden, ob die Stadthalle erweitert werden soll. Das Bild zeigt den aktuellen Entwurf des Erweiterungsbaus.

besetzte Jury den Siegerentwurf. Jury-Vorsitzender Prof. Dr. Werner Durth ergänzt: »Der Entwurf ist ein wunderbares Pendant zur alten Stadthalle, setzt ihr den Neubau als »schlanke Schwester« daneben.«

Am 11. März 2010 beschloss der Heidelberger Gemeinderat mit breiter Mehrheit, die weitere Planung auf der Grundlage der Entwürfe des ersten Preisträgers umzusetzen. Mittlerweile legten die Architekten einen überarbeiteten Entwurf vor, der gezielt Wünsche und Anregungen aus der Bürgerschaft aufgreift.

Nach dem Beschluss des Gemeinderats zur Weiterplanung der neuen Stadthalle wurde ein Bürgerbegehren beantragt, das von mehr als 18.000 Bürgerinnen und Bürgern unterschrieben wurde. In seiner Sitzung am 20. Mai 2010 beschloss der Gemeinderat trotz rechtlicher Bedenken an der Zulässigkeit des Bürgerbegehrens, einen Bürgerentscheid am 25. Juli 2010 durchzuführen. Die Entscheidung über die Zukunft der Stadthalle liegt nun in den Händen der Bürgerinnen und Bürger.

Jede Stimme zählt

Die Abstimmung kann zu folgenden Ergebnissen führen:

1. Die Frage wird mit »Ja« entschieden.
2. Die Frage wird mit »Nein« entschieden.

In beiden Fällen gilt, dass die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen für »Ja« oder »Nein« entscheidet. Zusätzlich schreibt das Gesetz vor, dass diese Abstimmungsmehrheit mindestens 25 Prozent aller Stimmberechtigten betragen muss. Das heißt: Bei derzeit 102.075 Wahlberechtigten (Stand 15. Juni 2010; die Wählerliste wird bis drei Tage vor der Wahl fortgeschrieben) wäre das Quorum erst erfüllt, wenn die Abstimmungsmehrheit mindestens 25.519 gültige Stimmen betragen würde. Kommt bei der Abstimmung das erforderliche 25-Prozent-Quorum nicht zustande, ist die Frage nicht verbindlich entschieden. In diesem Fall geht das Thema zur Entscheidung an den Gemeinderat zurück. Dies zeigt: Beim Bürgerentscheid zählt jede Stimme!



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

nächsten Sonntag ist Wahltag. Mit Ihrer Stimme entscheiden

Sie, wie es mit der Stadthalle weitergeht und Sie entscheiden, welche Zukunftsentwicklung Sie sich für Heidelberg vorstellen.

Ich bin als Oberbürgermeister angetreten, neue Chancen und Perspektiven für Heidelberg zu entwickeln und eine – gerade auch für Familien – lebenswerte Stadt zu gestalten. Ein attraktives Kongress- und Kulturzentrum an diesem historischen Standort ist ein wichtiger Baustein, um dieses Ziel zu erreichen.

Dabei geht es nicht um die Befriedigung von Einzelinteressen, was teilweise unterstellt wird. Es geht darum, dass wir eine wirtschaftliche gesunde Stadt brauchen, um uns auch in Zukunft eine umfassende Kinderbetreuung, gut ausgestattete Schulen, ein attraktives Kulturangebot und eine funktionierende Infrastruktur leisten zu können. Das kommt aber nicht von allein, dafür müssen wir in die richtigen Projekte investieren. Und die Stadthalle ist das richtige Projekt zur richtigen Zeit. Nach 20 Jahren Diskussion wird es endlich Zeit zu handeln. Wir dürfen nicht zusehen, wie wir als Stadt immer unattraktiver werden.

Die neue Stadthalle stärkt Heidelberg als Stadt der Wissenschaft, stärkt die mittelständische Wirtschaft und wird zu einem noch attraktiveren Veranstaltungsort für Kulturveranstaltungen. Mit der Erweiterung der Stadthalle können wir die hervorragende Position Heidelbergs stärken und auch unsere historische Stadthalle in ihrer bisherigen Nutzung erhalten. Deswegen bin auch ich entschieden für die Erweiterung der Stadthalle – deshalb stimme ich am Sonntag mit JA.

Ihr

Eckart Würzner
Dr. Eckart Würzner

Chronologie

1989 Die Kultur-Congressbau-Consult attestierte der Stadthalle »Defizite im Bereich der Tagungsorganisation« und »räumliche Probleme bei Veranstaltungen und Kongressen«.

1995 Elf Standorte für ein neues Veranstaltungszentrum werden geprüft, fünf kommen in die engere Wahl: Berliner Straße, Nordseite Ernst-Walz-Brücke, Bahninsel, Poststraße, Stadthalle.

1996 Der Gemeinderat beschließt Ausschreibung mit drei Standortvarianten: ehemalige Hauptpost, Schlosshotel und Stadthalle. Sieger ist die Firma Holzmann, die das Projekt wegen Insolvenz nicht realisiert.

2000–2006 Drei weitere Ausschreibungen für den Standort Hauptbahnhof schließen sich an, die aus unterschiedlichen Gründen nicht zum gewünschten Ergebnis, dem Bau eines Konferenzentrums, führen.

April 2008 Der Gemeinderat entscheidet, das Konferenzzentrum am Standort Stadthalle zu verwirklichen. Der Frankfurter Architekt Professor Christoph Mäckler kommt in einer Machbarkeitsstudie zum Ergebnis, dass eine Erweiterung der Stadthalle auf der Ostseite machbar ist und sich die bestehenden logistischen Probleme damit gut lösen lassen.

Dezember 2008 Der Gemeinderat gibt grünes Licht für den Realisierungswettbewerb Stadthallen-Ergänzung.

November 2009 Die Münchner Architekten Karl & Probst gehen als Sieger aus dem Realisierungswettbewerb »Erweiterung Stadthalle« hervor. Die Erweiterung der Stadthalle soll mit einem langgestreckten und schlanken Baukörper auf der Ostseite erfolgen.

März 2010 Der Gemeinderat bestätigt die Entscheidung des Preisgerichts und beschließt, die weitere Planung auf der Grundlage der Entwürfe des ersten Preisträgers umzusetzen.

April 2010 In einem Bürgerbegehren unterzeichnen mehr als 18.000 Bürgerinnen und Bürger die Forderung, über die Erweiterung der Stadthalle in Form eines Bürgerentscheids abstimmen zu lassen.

Mai 2010 Der Gemeinderat beschließt die Durchführung des Bürgerentscheids zur Erweiterung der Stadthalle am 25. Juli 2010. Die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger sind aufgefordert, über die Frage zu entscheiden: »Soll die Stadt Heidelberg einen Anbau oder Neubau für ein erweitertes Kongresszentrum an der Stadthalle errichten?«

Der Gemeinderat hat beschlossen, dass zur umfassenden Bürgerinformation zwei Sonderbeilagen zum Bürgerentscheid erscheinen. Diese Beilage enthält die Stellungnahmen aus dem Gemeinderat zur Stadthallen-Erweiterung. Die erste Sonderbeilage war am 7. Juli erschienen mit Stellungnahmen der Befürworter und Gegner.

Weitere Informationen unter:
www.heidelberg.de/wahlen
www.heidelberg.de/stadthalle

Informationen zum Bürgerentscheid zur Stadthallen-Erweiterung

Stellungnahmen der Fraktionen und Fraktions- und Arbeits-

Gemeinsame Stellungnahme von CDU, FDP, Die Heidelberger und FWV

Sagen Sie JA! zur Rettung der Stadthalle!

Sagen Sie JA! zum Anbau

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

am 25. Juli 2010 findet der Bürgerentscheid zur Erweiterung der Heidelberger Stadthalle statt. CDU, FDP, FWV und »Die Heidelberger« wenden sich deshalb mit einer Stellungnahme an Sie, um für eine Erweiterung der Stadthalle zu werben. Wir wissen, dass die Unterschriftenliste für den Bürgerentscheid von vielen unterschrieben wurde, die Besorgnis wegen der Architektur hatten. Doch durch den neuen Entwurf sind diese Einwände wohl weitestgehend aufgehoben und es bleibt die Chancen der Stadthallenerweiterung gegen gestaltensche Bedenken abzuwägen. Wir meinen, da kann es nur eine Entscheidung geben: Sagen Sie am 25. Juli »Ja« zur Erweiterung!



JA!
zur Stadthallen-
Erweiterung

Dr. Jan Gradel
CDU

Die Erweiterung der Stadthalle ist für Heidelberg eine enorme Chance. Das aktuelle Angebot der Stadthalle hinsichtlich Größe, Ausstellungsflächen und Raumangebot entspricht schon lange nicht mehr den heutigen Anforderungen eines modernen Kongressgebäudes. Die Folge ist ein Rückgang der Belegung seit 2001 um satte 40%! Eine Auswirkung, die vor allem die Hotellerie, Gastronomie und der Einzelhandel deutlich zu spüren bekommen haben. Doch nicht nur diese würden von einer Erweiterung profitieren. Auch Heidelberg als Wissenschaftsstandort kann sich in Zukunft nur dann weltweit erfolgreich mit seiner Universität positionieren, wenn ein attraktives Angebot eines Kongressgebäudes in der Heidelberger Altstadt vorhanden ist.

Die Argumente der Gegner lassen sich schnell entkräften

Dabei spielt vor allem der Standort eine zentrale Rolle. Die Gegner fordern ein neues Kongressgebäude am Bahnhof. Tatsache ist einerseits jedoch, dass bereits zahlreiche Ausschreibungen hierzu stattgefunden

haben, jedoch hat sich bis heute kein Investor gefunden, der ein Kongressgebäude am Bahnhof betreiben würde. Andererseits wurde ein kompletter Neubau eines Kongresszentrums am Bahnhof rund 30 Mio. Euro Mehrkosten verursachen als eine Erweiterung der jetzigen Stadthalle. Dazu kamen noch doppelte Unterhaltungskosten für zwei Standorte am Bahnhof und in der Altstadt! Kurzum: Zwei Kongressgebäude machen sich nicht nur gegenseitig Konkurrenz, sondern sind zudem auch noch unrentabel. Dass weiterhin auch gar kein Grundstück für einen Neubau am Bahnhof existiert, erwähnen die Gegner des Stadthallenbaus nicht.



JA!
zur Stadthallen-
Erweiterung

Dr. Annette Trabold
FDP

Weiterhin wurde etwa behauptet, dass denkmalgeschützte Gebäude oder Plätze zerstört werden würden. Diese Behauptung ist schlichtweg falsch! Das Gebäude und der Platz, die der Erweiterung der Stadthalle weichen müssten, wurden um 1980 gebaut und stehen weder unter Denkmalschutz, noch sind es historische Bauten. Auch die Behauptungen, die Stadt würde durch die Erweiterung vom Neckarufer abgeschnitten und das Verkehrsaufkommen würde verdoppelt werden, sind falsch. So entsteht zwischen dem Altbau und Erweiterungsbau eine breite und transparente Verbindungslücke, und durch die Hotels in der Altstadt kommen die meisten Kongress Teilnehmer sowieso zu Fuß zur Stadthalle. Lediglich 25 % der Kongressgäste kommen mit dem PKW. Hierbei kann von keiner Verdopplung des Verkehrsaufkommens in der Altstadt die Rede sein! Im Gegenteil werden die Anwohner entlastet, da aufgrund der westlichen Tiefgarageneinfahrt die Umfahrung der Stadthalle entfällt, um in die Tiefgarage zu gelangen.



JA!
zur Stadthallen-
Erweiterung

Wolfgang
Lachnauer
Die Heidelberger

Eine Erweiterung wäre eine Bereicherung in kultureller, sozialer, wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Sicht

Die Kongress Teilnehmer, die aus den verschiedensten Ländern anreisen, kommen doch gerade deshalb nach Heidelberg, um den unverwechselbaren Charme der Heidelberger Altstadt kennen zu lernen

und um das vielfältige Kulturangebot in der Altstadt zu nutzen. Das an der Stadthalle gewachsene Umfeld aus Hotellerie, Gastronomie, Einzelhandel und Handwerk ist exakt auf die Bedürfnisse der Kongress Teilnehmer abgestimmt. Ein solches Umfeld existiert am Bahnhof nicht.

Eng verzahnt mit der Standortfrage sind natürlich auch wirtschaftliche Aspekte, die für Heidelberg von immenser Bedeutung sind. Allein am Tourismus hängen in Heidelberg tausende Arbeitsplätze, davon allein befindet sich jeder zweite in der Altstadt! Insbesondere Arbeitsplätze in der Gastronomie wie Servicepersonal oder Köche sind in Heidelberg schon verhältnismäßig rar. Ein lebendiges Kongressgeschäft in der Altstadt könnte diese Arbeitsplätze erhalten, die anderweitig an einem Standort am Bahnhof nie in diesem Umfang geschaffen werden können. Die Kongressgäste sind eine wichtige Einnahmequelle für Heidelbergs Wirtschaft, dies zeigt auch die Tatsache, dass ein Kongressgast – einschließlich Übernachtung – rund 250 Euro in Heidelberg ausgibt, ein Tagestouren lediglich 28 Euro. Auch der größte Arbeitgeber in Heidelberg, die Universität, würde natürlich von der Erweiterung profitieren. Sie beklagt seit langem schon, dass adäquate Räumlichkeiten fehlen. Aus diesem Grund spricht sich auch die Universität Heidelberg für eine Erweiterung der Stadthalle aus.



JA!
zur Stadthallen-
Erweiterung

Dr. Ursula Lorenz
FWV

Ihre »JA!«-Stimme für die Zukunft unserer Stadt

Wie Sie sehen, geht es am 25. Juli 2010 um sehr viel. Nur ein Erweiterungsbau an der bereits bestehenden Stadthalle ist finanziell vertretbar. Es gibt es keinen sinnvollen Alternativstandort in Heidelberg, der nicht in finanzieller Hinsicht Heidelberg und den Bürgerinnen und Bürgern schaden würde. Deshalb muss bei dem Bürgerentscheid klar sein: Entweder wird die jetzige Stadthalle durch einen klugen Erweiterungsbau ergänzt oder aber Heidelberg wendet sich für die nächsten Jahre oder gar Jahrzehnte ganz von einem modernen und zeitgemäßen Kongressgebäude ab. Die Folgen wären aus unserer Sicht fatal für alle Einwohner Heidelberg!

Aus diesem Grund bitte wir Sie: Informieren Sie sich vor der Abstimmung nochmals ausführlich über die Erweiterung der Stadthalle im Rathaus und über die Konsequenzen eines Bürgerentscheids, der sich gegen die Erweiterung der

Stadthalle aussprechen würde. Weitere Infos und Fakten finden Sie auch unter www.stadthalle-heidelberg.de.

Mit unserer positiven Haltung zur Erweiterung der Stadthalle stehen wir gemeinsam hinter dem Oberbürgermeister und dem Rektor der Universität.

Sie haben es in der Hand. Sagen Sie am 25. Juli 2010 unbedingt »JA!« zur Rettung der Stadthalle und damit auch »JA!« zur Zukunft unserer Stadt Heidelberg.

Stellungnahme der Fraktionsgemeinschaft Grüne/generation.hd

Ja zur Stadthalle! Entscheid für mehr Wissenschaft, mehr Kultur, mehr Lebensqualität

Die Fraktionsgemeinschaft von Grünen und generation.hd hat dafür gestimmt, unter bestimmten Kriterien die Planungen für die Erweiterung der Stadthalle fortzusetzen. Daher stimmen wir beim Bürgerentscheid an diesem Sonntag mit Ja.

Denn die Altstadt ist der attraktivste Standort. Hier herrscht das Flair, das Kongresse in Heidelberg zu etwas besonderem macht. Ein Kongressbau an anderem Ort wird doppelt so teuer und gefährdet die Stadthalle damit finanziell. Zudem verschenkt er die Synergieeffekte von Neu- und Altbau. Wer für den Hauptbahnhof argumentiert, verschweigt diese Mehrkosten und dass der damalige Standort wegen fehlender Grundstücke gar nicht machbar war. Der aktuelle Entwurf bietet nun alles, was ein funktionierendes Kongresszentrum im 21. Jahrhundert braucht – zur Stärkung der Wissenschaft in Heidelberg. Nur so kann die Stadthalle bleiben, was sie für Heidelberg war: Neben dem Schloss der zentrale Ort für gesellschaftliche Ereignisse, Konzerte und Feste.



JA!
zur Stadthallen-
Erweiterung

Christian Weiss
Grüne

Unsere Zustimmung machen wir von Kriterien abhängig, welche die aktuellen Planungen nun bereits verbessert haben. Sie müssen aber auch erfüllt werden: Mehr Grün auf dem Krähenplatz und dem vergrößerten Jubiläumplatz schafft dort ein neues Naherholungsgebiet mit mehr Lebensquali-

gemeinschaften zum Bürgerentscheid Stadthallen-Erweiterung

tät für alle Heidelberger/-innen. Daher soll auch der Neckarlauer im Zuge der Erweiterung begründet und aufgewertet werden. Wir wollen ein offenes Neckarufer, damit die Stadt auch ohne Tunnel bereits 2012 an den Fluss kommt. Insgesamt gibt es nicht weniger Grün und nicht weniger Bäume als vor dem Umbau. Die Fassade des Erweiterungsbaus wurde bereits umgestaltet, damit sie besser in die Altstadt passt. Die Sozialwohnungen werden in der Altstadt erhalten und die Verkehrserschließung wurde verbessert, für Anwohner wird es ruhiger werden.



JA!
zur Stadthallen-Erweiterung
Derek Cofie-Nunoo
generation.hd

Unsere Haltung zur Stadthallenerweiterung haben wir intensiv mit unseren Mitgliedern und Sympathisanten debattiert. Sie wird von einer großen Mehrheit geteilt. Aber es gibt auch eine Minderheit bei uns, die keinen Stadthallenanbau in der Altstadt will. Mit ihnen gemeinsam teilen wir die Überzeugung, dass dieser Bürgerentscheid ein guter Weg ist, um für Heidelberg die Grundsatzentscheidung zu fällen. Wir hoffen auf eine starke Beteiligung und werden natürlich auch das Ergebnis eines erfolgreichen Bürgerentscheids respektieren.

Wollen Sie genauer wissen, was uns überzeugt hat? Unter www.gruene-heidelberg.de und www.generation-hd.de gibt es detailliert und illustriert die »Guten Gründe für die Stadthallenerweiterung«.

Stellungnahme der SPD

Romantik in der Altstadt – Fortschritt am Bahnhof

Heidelbergs Denkmäler erhalten
Pflicht für eine historische Stadt ist, ihre Denkmäler zu hegen und zu pflegen. Entsprechende finanzielle Mittel müssen dafür bereitgestellt werden. Dies ist eine Frage der Prioritätensetzung. Wir stehen zu unserer Stadthalle jetzt und in Zukunft.

Altstadt Romantik – Modernität um den Bahnhof
Heidelberg braucht als exzellente Wissenschafts- und Kongressstadt auch ein modernes Gesicht. Das Bahnhofareal mit Print Media Akademie oder die Bahnstadt sind hierfür ideale Standorte. Hier lässt sich ein

architektonisch herausragendes Gebäude verwirklichen, das dem modernen Heidelberg ein wahres Gesicht gibt.

Komfort für Kongressgäste erst mit Kongresshotel

Kongressteilnehmer wollen ihr Hotel in der Nähe. Das von der Stadt in Auftrag gegebene Hotelgutachten bestätigt die unzureichende Bettenkapazität für größeres Kongressgeschäft, weitere große Hotels sind nötig. Der Anbau an der Stadthalle bedingt damit weite Wege zu Hotels, was zu zusätzlicher Verkehrsbelastung führt.

Städtisches Gelände am Bahnhof reicht aus

Da der elliptische Burelli-Platz nicht weiter verfolgt wird, steht das gesamte städtische Gelände für ein modernes Tagungszentrum zur Verfügung. Investoren der letzten Ausschreibungsrunde hatten dies bereits berücksichtigt. Eine rasche Umsetzung ist möglich.

Neubau am Bahnhof ist finanziell abbildbar

Für einen schlüsselfertigen betriebsbereiten Bau am Bahnhof haben Investoren Kosten von 15 Mio. bis 35 Mio. Euro veranschlagt. Der städtische Investitionskostenzuschuss lag zwischen Null und 1,3 Mio. Euro jährlich. Option: Stadt baut selbst, Zuschuss entfällt.



NEIN!
zur Stadthallen-Erweiterung
Prof. Dr. Anka Schuster
SPD

Für den Stadthallenanbau liegt eine Baukosten-Grobschätzung von 24 Mio. Euro vor – ohne Kongressausstattung, ohne Tiefgarage, ohne Abbriss- und Entschädigungskosten für die GGH-Wohnhäuser. Es ist von deutlich höheren Summen auszugehen. Die beiden Projekte sind finanziell vergleichbar, der Standort Bahnhof in Bezug auf Modernität, Verkehr und Hotelnähe eindeutig der bessere!

NEIN zum Stadthallenanbau!
Er zerstört das historische Stadtbild und vernichtet Montpellierplatz und Jubiläumsplatz.
Für ein Kongresszentrum am Bahnhof – es sichert und schafft Arbeitsplätze in Heidelberg.

Am 25. Juli mit NEIN stimmen!

Heidelberg mit der Stadthalle zur echten Kultur- und Festivalstadt entwickeln und mit dem neuen Kongresszentrum am Bahnhof zu einem überzeugenden modernen Tagungsort.
NEIN zum Anbau oder Neubau an der Stadthalle!

Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft GAL/Heidelberg pflegen und erhalten

Nein zum Anbau – Ja zum Standort



NEIN!
zur Stadthallen-Erweiterung
Judith Marggraf
GAL

Wir brauchen keine »Neue Stadthalle«, weder am Bahnhof noch neben unserer Stadthalle! Auf geänderte Anforderungen und Ansprüche muss unser Kongresshaus aber schon reagieren. Ertüchtigung für das 21. Jahrhundert tut Not: wir brauchen eine kluge und charmante Lösung.

Im Kern geht es um einen zweiten großen Saal für Bankette oder Ausstellungen, eine verbesserte Anlieferungs- und interne Logistik. Das kann problemlos unterirdisch realisiert werden: Statt überflüssiger Tiefgaragen entsteht unter dem Jubiläumsplatz ein großer Saal mit Glasfront zum Neckarlauer Technik- und Personalräume können ergänzt, Anlieferung und Logistik neu geregelt werden. Auch so wird die Stadthalle modern, noch attraktiver und bleibt die »feine Adresse« für Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft und nicht zuletzt die Bürger dieser Stadt.

Wir wollen die Altstadt nicht von zeitgemäßer Entwicklung abhängen. Wir wollen aber auch nicht unser »Tafelsilber« irreversibel aufs Spiel setzen! Karl Kischka, der große alte Mann der Heidelberger Gastronomie, prägte dafür den Begriff des St.Tropez-Effektes: Je mehr ich Einzigartiges nutzen möchte, desto schneller mache ich es kaputt.

Gehen Sie am Sonntag bitte wählen, stimmen Sie mit NEIN und geben Sie Heidelberg die Chance auf eine bessere Alternative!

NEIN beim Bürgerentscheid



NEIN!
zur Stadthallen-Erweiterung
Wassili Lepanto
Heidelberg pflegen und erhalten

Die Welt beneidet uns, weil unsere einzigartige Stadtlandschaft bis heute (!) erhalten ist. Deshalb sagt NEIN zum Stadthallen-

Neubau: bildungs- und kulturbewusst, sozial und aufgeklärt, ökologisch und wertorientiert, jenseits eines kleinlichen Lagerdenkens. Unsere Stadtlandschaft unbeschadet zu erhalten, dies ist modern!

Stellungnahme der Bunte Linke/Die Linke

JA! zur Stadthalle mit ihren Parks in der Altstadt heißt NEIN! zum Stadthallenanbau,

denn durch den Anbau wird eine grüne Oase vernichtet, die denkmalgeschützte Stadthalle erheblich beeinträchtigt und das gewachsene Stadtbild zerstört.

JA! zu Besuchern in der Stadt heißt NEIN! zum Stadthallenanbau, denn diese Besucher kommen, um eine erhaltene Altstadt mit ihren kultur- und kunsthistorischen Schätzen, nicht um geschichtslose Allerweltsarchitektur zu sehen.



NEIN!
zur Stadthallen-Erweiterung
Hildegard Stolz
Bunte Linke/
Die Linke

JA! zu einem funktionsfähigen Kongresszentrum heißt NEIN! zum Stadthallenanbau, denn an der Stadthalle fehlen ein Kongresshotel und eine leistungsfähige Verkehrsanbindung.

Aus Liebe zu Heidelberg: Stimmen Sie mit NEIN! zum Stadthallenanbau!

Der Gemeinderat der Stadt Heidelberg hat im Zuge der Vorbereitungen des Bürgerentscheids beschlossen, dass den Fraktionen, Gruppen und Einzelmitgliedern des Heidelberger Gemeinderates in einer Stadtblatt-Sonderbeilage zum Bürgerentscheid Stadthalle Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden soll, sofern die Texte nicht gegen die Vorschriften des Landespressgesetzes verstoßen. Die auf den Seiten 2 und 3 dieser Sonderbeilage veröffentlichten Beiträge stellen die Meinung der Gemeinderäten und Gemeinderäte beziehungsweise der Gemeinderatsfraktionen dar.

Rund um die Abstimmung

Wahlberechtigte

Wählen können am Sonntag, 25. Juli 2010, alle Heidelberger Bürgerinnen und Bürger, die nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Bürgerin oder Bürger ist, wer Deutsche oder Deutscher im Sinne des Artikel 116 des Grundgesetzes ist oder die Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedstaates der EU besitzt, das 18. Lebensjahr vollendet hat und am Wahltag seit mindestens drei Monaten mit Hauptwohnung in der Stadt Heidelberg gemeldet ist.

Wer das Bürgerrecht in Heidelberg durch Wegzug oder Verlegung der Hauptwohnung verloren hat und vor Ablauf von drei Jahren seit dieser Veränderung wieder zuzieht oder die Hauptwohnung begründet, ist mit der Rückkehr Bürger; allerdings muss das Bürgerrecht bereits vor Wegzug beziehungsweise Verlegung der Hauptwohnung bestanden haben. Weitere Voraussetzung ist, dass kein Ausschluss vom Wahlrecht besteht (durch Richterspruch oder durch Bestellung eines Betreuers für die Besorgung aller Angelegenheiten nicht nur durch einstweilige Anordnung).



Wählerverzeichnis

Formale Voraussetzung zur Ausübung des Wahlrechts ist grundsätzlich die Eintragung in das Wählerverzeichnis. Die Grundlage bei der Erstellung des Wählerverzeichnisses bildet das Melderegister der Stadt Heidelberg.

Durch Rückkehr Wahlberechtigte, die am Wahltag noch nicht mindestens drei Monate in der Gemeinde wohnen oder ihre Hauptwohnung begründet haben, können sich zur Klärung ihres Wahlrechts und zur Antragstellung rechtzeitig vor der Wahl direkt an die Wahlendienststelle unter der Telefonnummer 06221 58-13550 wenden.



Wahlbenachrichtigung

Die Wahlberechtigten haben bis zum 4. Juli 2010 eine Wahlbenachrichtigungskarte erhalten. Das Stadtgebiet Heidelberg ist statt der bei anderen Wahlen üblichen 94 Urnenwahlbezirke in 59 Wahlbezirke eingeteilt. Die Wahlgebäude ändern sich dadurch nicht, einige Bürger/-innen müssen lediglich in andere Wahlräume. Lediglich die Wahllokale in der Steinhalle und des Englischen Instituts sind am 25. Juli in der Steinhalle beziehungsweise im Markushaus zu finden. Auf der Wahlbenachrichtigungskarte ist vermerkt, in welchem Wahlbezirk und welchem Wahlraum jeder Wahlberechtigte seine Stimme abgeben kann. Die Wahlbenachrichtigungskarte sollte zusammen mit dem Personalausweis/Reisepass zur Stimmabgabe mitgebracht werden. Auf der Rückseite der Wahlbenachrichtigungskarte ist ein Briefwahlantrag abgedruckt.

Wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger können grundsätzlich nur im Wahlraum des Wahlbezirks wählen, in dessen Wählerverzeichnis sie eingetragen sind. Wahlberechtigte, die sich nach dem 14. Juni 2010 für eine Wohnung in einem anderen Wahlbezirk der Stadt angemeldet haben, bleiben weiterhin im Wählerverzeichnis ihres alten Wohnbezirks eingetragen, das heißt, sie können zunächst nur dort unter Vorlage ihrer Wahlbenachrichtigung oder eines Personalausweises/Passes wählen. Wer in einem anderen Wahlraum wählen will, benötigt dazu einen Wahlschein. Mit einem Wahlschein kann in einem beliebigen Wahlraum der Stadt oder durch Briefwahl gewählt werden.

Briefwahl

Wer am Sonntag, 25. Juli, nicht in seinem Wahllokal wählen möchte, hat – wie bei allen Wahlen üblich – die Möglichkeit, einen Wahlschein beziehungsweise Briefwahlunterlagen zu beantragen. Ein Wahlschein berechtigt zur Stimmabgabe in jedem beliebigen Wahllokal der Stadt Heidelberg. Diese Unterlagen können persönlich oder schriftlich in jedem Bürgeramt während der üblichen Öffnungszeiten beantragt und auch gleich mitgenommen werden. In jedem Bürgeramt kann dann auch gleich gewählt werden. Briefwahlunterlagen können auch im Internet beantragt werden unter www.heidelberg.de/wahlen.

Hierzu benötigen Sie Ihre Wahlbenachrichtigungskarte. Der Antrag muss bis spätestens Freitag, 23. Juli 2010, um 18 Uhr bei der Wahldienststelle vorliegen. Wer für einen anderen einen Antrag stellt oder die Unterlagen in Empfang nehmen will, muss jeweils schriftlich dafür bevollmächtigt sein.

Damit die Stimmabgabe rechtzeitig vor dem Bürgerentscheid der Wahldienststelle vorliegt, muss bei Wahlbriefen, die mit der Post an die Stadt Heidelberg befördert werden, der Wähler/die Wählerin den Wahlbrief spätestens am Donnerstag vor dem Bürgerentscheid in einen Postbriefkasten einwerfen, der noch am selben Tag geleert wird.

Wahlinformation für Menschen mit Behinderung

Auch für den Bürgerentscheid sind für Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigungen zahlreiche Heidelberger Wahlräume ohne besondere Erschwernisse und ohne fremde Hilfe zugänglich. Bürger/-innen, die in einem solchen Wahlraum wählen möchten, ohne dort wahlberechtigt zu sein, müssen allerdings einen Wahlschein beim Bürgeramt beantragen.

Mit dem Wahlschein können sie dann in jedem beliebigen Wahllokal wählen. Selbstverständlich besteht auch die Möglichkeit, durch Briefwahl zu wählen.

Bürgerentscheid – Was ist das eigentlich?

Bürgerentscheide sind Instrumente der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene. In Baden-Württemberg regelt Paragraph 21 der Gemeindeordnung den Umgang mit Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden. Danach kann ein Bürgerentscheid entweder vom Gemeinderat mit zwei Dritteln der Stimmen beschlossen oder von den Bürgern beantragt werden (in dem zuletzt genannten Fall spricht man von einem »Bürgerbegehren«). Ein Bürgerentscheid ist unabhängig davon, ob er vom Gemeinderat beschlossen oder von den Bürgern über ein Bürgerbegehren beantragt worden ist, nicht zu allen Fragen möglich. Insbesondere sind Abstimmungen in Form eines Bürgerentscheides zum Beispiel über Weisungsaufgaben und Angelegenheiten des Oberbürgermeisters, Fragen der inneren Organisation der Gemeindeverwaltung, über die Haushaltssatzung, über Tarife und Entgelte, über Bebauungspläne, Flächennutzungspläne und örtliche Bauvorschriften oder über Entscheidungen in Rechtsmittelverfahren ausgeschlossen (Paragraph 21 Absatz 2 Gemeindeordnung Baden-Württemberg). Bei einem Bürgerentscheid handelt es sich rechtlich gesehen nicht um eine Wahl, sondern um eine Abstimmung. Zum besseren Verständnis werden jedoch der vertraute Begriff »Wahl« und die davon abgeleiteten Begriffe verwendet.



Impressum

Herausgeber: Stadt Heidelberg
Amt für Öffentlichkeitsarbeit
Marktplatz 10, 69117 Heidelberg

Redaktion: Diana Scharl,
Christiane Calis, Dr. Bert-Olaf Rieck,
Eberhard Neudert-Becker

Fotos und Grafiken: Philipp Rothe,
Karl & Probst

Gestaltung: Andrea Reuter

Druck: Rhein-Neckar-Zeitung GmbH

Die Abstimmung zum Bürgerentscheid findet am Sonntag, 25. Juli 2010, statt.
Die Wahllokale sind von 8 bis 18 Uhr geöffnet.

Das Abstimmungsergebnis wird ab 18 Uhr im Neuen Sitzungssaal des Rathauses, Marktplatz 10, präsentiert.